

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Der Preis für den Abnehmer beträgt monatlich 1 Mark, vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 10 Mark. Bei den Postämtern 2 Mark 50 Pf. monatlich. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntagsausgabe 10 Pf. — In der Expedition sind die Anzeigen zu begeben. — Die Expedition befindet sich in Magdeburg, Poststraße 49, Fernsprecher 1667. Redaktion: Dr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 961.

Nr. 30.

Magdeburg, Freitag den 5. Februar 1904.

15. Jahrgang.

Sächsische Wahlreform-Komödie.

Aus Dresden wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

Am Mittwoch ist die Wahlrechts-Denkschrift des Ministeriums Meisch im sächsischen Dreiklassenparlament zur Verhandlung gekommen. Das Resultat der Debatte ist so, wie wir es nach den Artikeln der „Deutschen Tageszeitung“ und des „Vaterland“ an dieser Stelle vorausgesagt haben:

Die Wahlrechtsänderung wird abgelehnt.

Selbst die Skizze einer Wahlreform, die die Regierung in den Grundlinien vor schlägt, geht den konservativen Reaktionen noch viel zu weit. Sie denken nicht daran, ihre angenehme Stellung als herrschende Minderheit zu gefährden und die Regierung sitzt nun in der Klemme fest, in die sie sich seit 1896 mit der Wahlrechtsänderung hineingegeben hat. Sie hat in dieser Frage keine Partei Sachsens hinter sich — kein Redner der Kammer, keine Gruppe des Landtags stellte sich auf den Boden der Grundlinien. Hätte das Ministerium eine Vorlage eingebracht, es würde die eklatanteste Niederlage erlebt haben, die sich denken läßt. Ob infolge des Umstandes, daß die Regierung sich auf die Aneinanderreihung unverbindlicher Vorschläge beschränkt hat, die Blamage geringer ist, das mögen die Minister selbst entscheiden. Jedenfalls vermag diese Regierung, da sie keine feste eigene Meinung zu haben wagt in der bedeutungsvollsten Frage, die den Landtag beschäftigen kann, auch nichts durchzusetzen.

Die Verhandlung begann mit der Begründungsrede des Ministers v. Meisch, der die Gedanken der Denkschrift wiederholte. Dabei war der Herr ängstlich bedächtig, die Gefühle der Reute, die den Ober-Streit führten, und die ihn jetzt wenigstens teilweise als verfehlt anerkennen wollen, zu schonen. So lobte er denn an der Erwählten Kleiner Minderheiten der Wähler, daß sie alle Zeit Vertreter der Allgemeininteressen gewesen, daß sie stets für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft Verständnis und guten Willen gezeigt hätten, so hieß er heftig auf die Sozialdemokraten los, und bezeichnete die Tat von 1896 als gebieterische Notwendigkeit, als einen Akt der Notwehr, so daß die Regierung denjenigen dankbar sein müsse, die dazu seinerzeit die Initiative ergriffen.

Wichtig ist aus dieser Ministerrede noch ein heftiger Ausfall auf allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. Herr von Meisch verteidigt es nicht bloß für Sachsen, aus seinen Worten ging klar hervor, daß er es überhaupt, an sich, für durchaus verwerflich erachtet. Einer Attacke auf das Reichstagswahlrecht würde von der sächsischen Regierung eifrig Vorstoß geleistet werden! Herr v. Meisch erklärte endlich, daß die Regierung gegen die nationalliberalen Bestrebungen auf eine zeitgemäße Gestaltung der Ersten Kammer keinen Einspruch erhebe — das fügte er gleich eine reichliche Portion Einschränkungen hinzu. Zum Schluß hat er um Wohlwollen für die Regierungsvorschläge, auf die er sich aber vorzichtigerweise durchaus nicht verbeißt. Weiß jemand bessere zu machen — die Regierung ist bereit, sie aufzunehmen!

Als bald nahm der Hauptakteur der Komödie das Wort, der Führer der Konservativen, der Rechtsanwalt und Mittergutsbesitzer Hofrat Opitz. Herr Opitz ist ein fanatischer Feind der Arbeiterbewegung. In jeder Landtagsession schlägt er sie ein paar Mal tot und worüber er auch redet, stets muß er seine Gasse durch ein Geschimpfe auf die Sozialdemokratie erleichtern. Wie aus einem Schlammkullan ergießen sich die schärfsten Verdächtigungen und Berurteilungsglimpfungen aus seinem Munde über die in der Kammer wehrlose Partei. Der Dresdner Parteitag mußte zu allerlei Wohlfeilen, aber nicht wohlriechenden Witzeleien herhalten, und schließlich teilte der Herr die Wähler der Sozialdemokratie, resp. diejenigen, die da ihre Zulassung in die Kammer fordern, in drei Gruppen ein: 1. die Verführten, die an die sozialdemokratischen Ideen glauben; 2. die Agitatoren, die man beleidigen würde, wenn man ihnen so wenig Intelligenz zutraute, noch an die sozialdemokratischen Hirngespinnste, den Zukunftsstaat, das eiserne Lohngesetz (!) usw. zu glauben; 3. bürgerliche Elemente, die nur um des Skandals und der Sensation wegen sozialdemokratische Landtagsvertreter wollen. Die Erwähnung des eiserne Lohngesetzes zeigt zur Genüge, daß die Unwissenheit dieses sächsischen Sozialistenfressers in Sachen Sozialdemokratie ebenso groß ist, wie sein mütender, geifernder Haß. Der Schimpforgia folgte die Darlegung, daß Sachsen im allgemeinen und die Arbeiterschaft im besonderen sich gar kein besseres Parlament wünschen kann, als von Drei-

lassenlandtag, der durchaus nicht eine einseitige Vertretung agrarischer oder plutokratischer Interessen jemals gewesen noch gegenwärtig sei und in aller Zukunft sein werde. Die Vorschläge der Regierung, nach denen 16 Mandate sicher und vielleicht noch viel mehr der Sozialdemokratie zufallen würden, gehen den Konservativen viel zu weit. Sie wollen indes ernstlich prüfen und glauben, daß sie folgende bedeutungsvolle Änderungen des Wahlrechts gutheißen können: die Anrechnung der Ergänzungssteuer bei der Klasseinteilung, die Berücksichtigung der Bildung und eine Vermehrung der städtischen Wahlkreise — für die gänzliche Aufhebung der Einteilung in städtische und ländliche Kreise, die die Denkschrift und die Nationalliberalen fordern, sind sie nicht zu haben. Damit ist die konservative „Reform“ auf Neben- dinge beschränkt, die die Wahlentscheidung der großen Masse der Wähler gar nicht berühren.

Der nationalliberale Fraktionsredner Schief, der nun folgte, mußte natürlich seine gute Gesinnung auch durch einige Ausfälle gegen die Sozialdemokratie beweisen. Auch er hält die Tat von 1896 für eine notwendig gebotene. Er erklärt, daß seine Partei die Grundlinien bewirkt, namentlich der Berufswahlen wegen, und für ein Pluralwahlrecht eintritt, über dessen Gestaltung er keine näheren Angaben macht.

Die großen Parteien der Kammer haben damit gesprochen — die größte des Landes, die Sozialdemokratie, fehlt ja diesem Kumpfparlament.

Die folgenden Redner vertreten einflusslose Gruppen. Herr Gräfe, der sich liberal nennt, empfiehlt das Zensuswahlrecht, das vor 1896 bestand, aber mit einer Erhöhung des Zensus — der 3 Mark betrug — auf 7 bis 8 Mark — des gegen 1868 festgesetzten Geldwertes wegen. Dieser Zensus würde etwa 70 Prozent der jetzigen Wähler entziehen. Derselben Vorschlag macht übrigens der Antifeminitätsschmerzmann, der außerdem noch einige reaktionäre Verschlechterungen, Wahlpflicht und eine zweijährige Karenzzeit nach Erwerb der sächsischen Staatszugehörigkeit empfiehlt, um einer Ueberschwemmung der Kammer durch die Sozialdemokratie vorzubeugen.

Das ist überhaupt das Gespenst, das jedem der Redner über die Schulter sieht; der „freisinnige Volksparteiler“ Günther wagt deshalb überhaupt nicht, das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu erwähnen, sondern fordert lediglich die Wiederherstellung des vor 1896 gültigen Zensuswahlrechts und begründet das weniger mit politischen Prinzipien als mit der Verhinderung, daß unter diesem System eine sozialdemokratische Mehrheit nicht zu befürchten sei.

Prächtig macht es sich, wenn alle diese Redner, die gegen das Dreiklassenwahlrecht reden, von der konservativen Mehrheit mit höhnischen Zwischenrufen unterbrochen werden, die sie darauf hinweisen, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht die logische Konsequenz ihrer Ausführungen ist. Dann wenden sich die Herren zum Götterbarmen.

Und wenn die Sache für das sächsische Volk nicht so bitter ernst wäre, so könnte man über diese „Volkvertreter“ des sächsischen Landes überhaupt herzlich lachen, die alle so gerne ein System finden möchten, das die jetzigen Wähler der dritten Klasse zufriedenstellt, den jetzt so reichlich fließenden Quell der Unzufriedenheit schließt, aber gleichzeitig die Sozialdemokratie nicht zu dem ihr gebührenden Einfluß kommen läßt. Die Quadratur des Kreises hat fatale Ähnlichkeiten mit diesem Problem.

Der erste Akt der Komödie ging zu Ende. Die Denkschrift geht an die Gesetzgebungsdeputation. Die wird sich Zeit lassen, denn die Konservativen diktieren ihr das Arbeitsprogramm, und die Konservativen spielen lediglich Komödie, wenn sie tun, als wäre es ihre Absicht, daß die Deputation fruchtbar Arbeit leiste.

Das sächsische Volk hat von der Kammer nichts zu hoffen. Die Herrschenden Sachsens müssen noch ganz andre Erfahrungen machen, als die des 16. und 25. Juni 1903, ehe sie das geraubte Volksrecht wieder herausgeben.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 4. Februar 1904.

Masken ab!

Ganz im Tone der Karborff und Eugen Richter macht jetzt das „sozialliberale“ Organ des Herrn Rosse, das „Berliner Tageblatt“, gegen die gehezten Crimmitschauer scharf. Ein Flugblatt des Textilarbeiterverbandes, das die erpresserischen Mandate verschiedener Arbeitgeber wider die Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter verdienentmaßen brandmarkt und die Arbeiter auffordert, sich „eventuell“ zum Kampfe um ihre Organisation zu rüsten, hat das Organ des

Sozialliberalismus in helle Wut versetzt. Es spricht von einem „geradezu freudhaften Spiel“ — der Arbeiter, von einem „Gehruß der sozialdemokratischen Parteilichkeit“, die „das möglichste an gewissenloser Demagogie“ leiste, abermals von „gewissenloser Verhöhnung“, und nennt die Klage des Flugblattes, die Arbeiter hätten den Frieden gewollt, die Unternehmer aber wollten den Krieg, eine „nicht genug zu brandmarkende läugerische Behauptung der Streikleitung, die ihrer für die Arbeiter unheilvollen Tätigkeit die Krone aufsetzt“.

Damit scheint der Häßte Nekord der besinnungslosen Schmähsucht geliefert. Aber es kommt noch besser! Denn jetzt wendet sich das „sozialliberale“ Organ, das vor wenigen Monaten den Eintritt Kaumanns in die Freisinnige Vereinigung mit überschwänglichem Gesalbadere gefeiert hat, mit Wutgeheul gegen seinen einstigen Schützling. Er hat, wie unsere Leser wissen, die Freiheit gehabt, in seiner „Hilfe“ ein „Fabrikantenlied“ zu veröffentlichen, das sich mit schneidender Ironie und tiefstem sittlichem Pathos gegen die Crimmitschauer Herrenmoral wendet. Dieses Lied nennt das „sozialliberale“ Organ „ein Fehgebicht trassierter Sorte“ und fährt sodann fort:

Dieses „Gebicht“, wenn anders man diese Spottgeburt von fauastischem Klassenhaß und Demagoguerehorteil so bezeichnen darf — dieses Gebicht steht in der „Hilfe“, dem vom Pfarer a. D. Friedrich Kaumann, einem Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Freisinnigen Vereinigung, herausgegebenen Organ. Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß in freisinnigen Kreisen dieses Fehpamphlet wie seine Veröffentlichung schärfstem Tadel begegnet. Freisinn und solche Jakobinerhymnen schließen einander aus.

In dem „Fabrikantenlied“ heißt es u. a.:

Doch wer beim Streite ohne Blatt
Bom Munde hat gesprochen
Und wer ein steifes Rückgrat hat,
Dem wird es jetzt gebrochen.

Armer sozialliberaler Pastor Kaumann, nehmen Sie ihr Rückgrat in acht! Der sozialliberale Tanz ist zu Ende, und erschreckt nicht die nationalsozialistische Schöne, daß sie mit dem Schelm von Bergen, dem Schergen des Kapitalismus, getanzt hat:

Und wer ein steifes Rückgrat hat,
Dem wird es jetzt gebrochen ...

Die Nicht-Entschädigung unschuldig Verhafteter.

Ueber die Mittwoch-Sitzung des Reichstags wird uns geschrieben:

Der Reichstag nahm am Mittwoch die Verlängerung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke um ein Jahr gegen unsere Stimmen und die der Freisinnigen Volkspartei in zweiter Lesung an.

Dann wurde der Gesetzentwurf über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungs- haft der ersten Beratung unterzogen. Diese Reform, die seit mehr denn zwanzig Jahren von der Volksvertretung gefordert wird, ist wieder so unzulänglich und ärmlich ausgefallen, daß sie nicht einmal als Abschlagszahlung gelten kann. Staatssekretär Dr. Lieberding feierte sie freilich als einen Kulturfortschritt, um den uns die Welt beneiden würde. Unter großem Aufwand formalen juristischen Scharfsinns suchte er die zahlreichen Ausnahmen zu rechtfertigen, die das Prinzip der Entschädigung durchlöchern.

Das Echo, das die Vorlage und ihre Begründung im Senat, Klang weniger freundlich. Nur die Redner der Rechten stimmten ihr im allgemeinen zu, wenn sie auch diesen und jenen Vorstoß für die Kommissionsberatung hatten. Die Juristen der Linken wiesen nach, wie ungerechtfertigt jede einzelne Ausnahme sei und zu wie zahllosen Schikanen sie führen könnten. Dieser Kritik schloß sich als Jurist auch Herr Gröber an, als Parteiman- und Führer des Sentums aber verhielt er jenes Entgegenkommen gegen die Wünsche der Regierung, um das Herr Lieberding von vornherein gebeten hätte.

Die Zweipältigkeit dieser Rede wurde von Genossen Sentis ironisch beleuchtet, der seinerzeit den einheitlichen Vortrag der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit anlegte, um die Wängel und Fehler der Vorlage nachzuweisen. Besonders betonte er die Notwendigkeit, die Beamten haftpflichtig zu machen, durch deren Verschulden ein Unschuldiger in Untersuchungshaft gerät, eine ungerechtfertigte Beschlagnahme erfolgt oder ein nicht gebotene Sistierung von der Polizei erzwungen wird.

Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt, die mit der Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern enden dürfte.

Freiheit für die — Trichinen!

Aus dem preussischen Dreiklassenhaus wird uns über die Mittwoch-Sitzung geschrieben:

Das Abgeordnetenhaus war am Mittwoch wieder einmal die Stätte agrarischer Orgien. Zunächst unternahm Zentrum und Freikonservative einen Angriff gegen die Bestimmung des Fleischbeschaugesetzes, wonach die Fleisch- und Trichinenschau durch Verfügung der Regierungspresbidenten auch auf die Hausfleischungen ausgedehnt werden kann. Fast in sämtlichen Regierungsbezirken der Monarchie hat man in Interesse der öffentlichen Hygiene von dieser Befugnis Gebrauch gemacht, zum großen Verdruß der Herren Agrarier, denen die Kosten dieser Schau etwas im Magen, wie ihnen überhaupt jede Kontrolle

unbequem ist. Herr Camp, der Hauptmatador der Reichs-
freunde, meinte, man könne überhaupt die 7 1/2 Millionen, die in
Kriegsjahren für die Reichswehr ausgegeben werden, besser
anwenden, und wendete fernerhin gegen den Schlachthauszwang
und die Nachschau in den großen Städten.
Abg. Goldschmidt von der Freisinnigen Volkspartei
den nachst. Goldschmidt dieser Politik der „Freiwilligkeit
des Fleisches“. Aber Herr Camp und seine Freunde hätten noch
weitere Wünsche: Sie wollen jeden Eigentümer trübsinnig befun-
denen Fleisches entschädigt wissen — natürlich aus öffentlichen
Mitteln! Das ging selbst der äußersten Rechten zu weit, so daß
der diplomatische Herr v. Godefrond (Lof.) den überzähligen
Camp mit dieser Forderung glatt abfallen ließ.
Und was fast noch wunderbarer ist: Freikonserwativen und
Zentrum haben es fertig gebracht, agrarischer zu sein als der
Sachsen-Agrarier v. Rodde. Der Landwirtschafts-
minister hob mit Recht die Bedeutung der Reichswehr auch für
Sauschlachtungen hervor, verwahrte sich gegen jede Kontrolle sei-
tens der Landwirtschaftskammern beim Erlass der betreffenden
Verordnungen und erklärte auch seine Abneigung gegen eine
staatliche Schlachthausversicherung. Herr Gerold vom Zentrum
sargelte den Minister für seine leblich haltbaren Auffassungen
deshalb, und die Mehrheit nahm trotz des ministeriellen Abstrahs
den Zentrumsantrag auf möglichste Ausschaltung der Sauschlach-
tungen von der Reichswehr an!
Noch in späterer Stunde setzte beim Ausgabelte „Gehalt des
Landwirtschaftsministeriums“ eine in größerem Stil angelegte Agrar-
debatte ein. Graf Kanitz ist mit den Jahren nicht unterhalt-
licher geworden; lauter alle Kamellen über die Not der Landwirt-
schaft. Abmildigung der Handelsverträge usw. brachte er in broden-
flgendem Tone vor. Nach ihm verlierte der Zentrums-
großmann, fast ebenso radikal, dasselbe Thema.
Donnerstag Fortsetzung.

Unter Giftverschluß.

Schlichternheit rechnet man gewöhnlich nicht zu den
Tugenden der Finanzminister. Man ist gewöhnt, sie herz-
haft zugreifen zu sehen. Seltsam berührt darum eine Ge-
schichte, die die „Berliner Neuesten Nachrichten“ schmerz-
voll erzählen. Im Reichsschatzamt liege seit Jahr und Tag ein
fertiger Steuergeheimturm, dessen Durchführung in hohem
Grade geeignet wäre, dem Reiche aus seinen ewigen Geld-
nöten zu helfen und die trotzdem seit Jahr und Tag ein
verborgenes Dasein im Aktienmarkt führe, weil kein Schatz-
sekretär den Mut finde, mit ihm an die Öffentlichkeit zu treten.

Wagt die Herren das schlechte Gewissen? Handelt es
sich um einen neuen Plan zur Auspoberung der Massen? Ach
nein! Der Entwurf, von dem die Rede ist, betrifft die
Einführung einer Reichs-Erbchaftsteuer.
Hundert bis hundertfünfzig Millionen jährlich liegen an
der Strafe. Man kann sie aufheben, ohne damit einem
Armen sein Stüchlein Brot zu nehmen, ohne Sorge, damit
das wirtschaftliche Leben zu schädigen, ohne Angst, eine
Steuerquelle auszuschöpfen, die nach den Erfahrungen
anderer Länder von Jahr zu Jahr steigende Erträge liefert.
Im englischen Unterhause hat der ehemalige Schatzsekretär
Harcourt dieser Steuer einst ein begeistertes Loblied ge-
sungen, die England, wie er damals ausführte, die Mittel
gewöhre, seine Kriegsflotte ständig zu vergrößern.

Unsre Flottenflotte stehen es dagegen vor, das
Geld für die Schiffe aus den Taschen der Armen zu holen.
Unsre Regierung wagt es nicht — trotz ihrer Devise „Deutsch-
land in der Welt voran!“ — den Erbschaftsteuern des
Westens auch nur in gemessenem Abstände zu folgen. Sie
hat wohl die Courage gehabt, einen neuen Pollkariff durch-
zusetzen zu lassen, der den Armen eine furchtbare Last auf-
erlegte, sie wagt es aber nicht, trotz ihrer besseren Ein-
sicht, mit einem Vorschlage zu kommen, der die besitzenden
Klassen belastet. Sie wagt es nicht — aus Furcht vor
den Reichen!

Freilich hört man ja allgemein getern, die Einführung
einer ausgiebigen Erbschaftsteuer sei ein Schritt zum so-
zialistischen „Zukunftstaat“. Man kann diesen „Zukunft-
staat“ nicht schlecht genug machen und setzt doch alles auf
sein Konto, was gerecht, anständig und vernünftig ist.

Deutschland.

* Berlin, 4. Februar. Die liberale Presse verstandet
sich, daß der jüdische Landgerichtsrat Sommer —
trotz Schandtat! — Oberlandgerichtsrat in Kassel ge-
worden sei. Sie vergißt aber hinzuzufügen, daß dieser Herr
Sommer zufälligerweise ein — Schulfreund des
deutschen Kaisers ist. Der Beweis für die Gleich-
berechtigung der Konfessionen ist also durch diesen einen
Sommer noch keineswegs erbracht.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichs-
tags hat die Wahl des nationalliberalen Abg. Günther
für Okerode-Neuburg, der nur mit einer Mehrheit von
12 Stimmen gewählt worden ist, für gültig zu erklären be-
schlossen, obwohl nach den Ermittlungen der Kommission
nur eine Mehrheit von 3 Stimmen vorhanden ist. Die
Wahl des polnischen Abg. Brejki für Thorn-Kulm, für den
die Wahlprüfungs-Kommission nur 5 Stimmen Mehrheit
ermittelt hat, hat die Kommission beifalls Beweishebung zu
beanstanden beschlossen. Die Wahl des nationalliberalen
Abg. Jäncke für Lüneburg-Winsen beschloß die Kom-
mission für ungültig zu erklären, weil in einem Wahl-
bezirk die Bekanntgabe der Stichwahl nicht in orisntlicher
Weise erfolgt ist. Wenn die in dieser Gemeinde nicht ab-
gegebenen Stimmen dem unterlegenen Gegenkandidaten zu-
gerechnet werden, verliert der Abg. Jäncke die Mehrheit.

Zum Scherischen Spar-Lotteriesystem wird der
„Frankf. Zig.“ aus Berlin geschrieben: Die Regierung war
mit dem Plan und System des erfindungsreichen Herrn
vollständig einverstanden und von ihm überzeugt. Der Ver-
trag war fertig. Sie war dem Erfinder vertragsmäßig ver-
pflichtet und ist aus dieser üblen Lage nur dadurch befreit
worden, daß der Erfinder vom Vertrag zurückgetreten ist.

* Erfurt, 3. Februar. Wegen Majestäts-
beleidigung hatte sich der Redakteur der „Thüringer
Tribüne“, Genosse Heuning, zu verantworten. Die Anklage-

behörde erblickte die Beleidigung in einer Notiz über eine
angebliche Verwandte des Kaisers, wegen der in Leipzig
drei Genossen verurteilt worden sind. In Halle ist wegen
Abdrucks derselben Notiz Freispruch erfolgt. Der hiesige
Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis. Das Urteil
lautete jedoch ebenfalls auf Freisprechung.

* Offen, 2. Februar. Die Differenzen zwischen
Belegschaft und Verwaltung der Fache Oberhausen über die
Arbeitszeit wurden durch beiderseitiges Entgegenkommen bei-
gelegt.

* Bromberg, 2. Februar. Von der hiesigen Straf-
kammer wurde der Buchdruckerbesitzer Johannes Tomaszewski
wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu 8 Monaten
Gefängnis verurteilt. In seinem Verlag und unter seiner
Redaktion war vor einiger Zeit ein Lieberbuch erschienen, in
welchem eine Anzahl polnischer Lieber enthalten ist.

* Schmalkalden, 2. Februar. Auch hier ist ein
Konflikt zwischen den Ärzten und der Ortskrankenkasse
ausgebrochen. Eine Generalversammlung der Ortskrankenkasse
beschloß der um circa 50 Prozent erhöhten Honorar-
forderung der Kassenärzte nicht stattzugeben und die An-
stellung dreier neuen Kassenärzte auszuschreiben. Die jetzigen
Ärzte wollen zum 1. April 1904 ihre Tätigkeit für die
Kasse einstellen.

* Stuttgart, 2. Februar. Bei der gestrigen Zählung
der Arbeitslosen wurden 582 gänzlich Arbeitslose und
174 Personen mit verkürzter Arbeitszeit festgestellt. Am
2. Februar 1903 wurden 614 gänzlich Arbeitslose, 276 Per-
sonen mit verkürzter Arbeitszeit, und am 16. November
vorigen Jahres 460 gänzlich Arbeitslose und 118 teilweise
arbeitslose Personen gezählt.

Deutsch-Südwestafrika.

In vorgerückter Nacht des Mittwoch sind beim Reichs-
Marineamt Nachrichten aus Südwesafrika eingelaufen.
Windhoef und Okavandja sind danach durch die Kompanie
Franko mit zwei Geschützen entsetzt. Besterer Ort ohne Verlust.
Am 28. nach sechsstündigem Gefecht Hauptlager des Feindes am
Kaiser Wilhelmberg bei Okavandja gestürmt, vier Verwundete.
— Allgemeiner Rückzug des Feindes mit allem erbeuteten
Vieh in die Otjisangange-Berge. Feind hat sämtliche Farmen und
Wahnhöfe in den Distrikten Windhoef, Okavandja, teilweise auch
Karibib verwüstet, desgleichen die Kasernen der Gebirgsbatterie in
Johann-Abrechtshöhe. — Bisher bestätigte Verluste: Ermor-
det und meist verkrüppelt 44 Anpieder, Frauen und Kinder.
Gefallen 28, außerdem voraussichtlich 50 tot. Gohabib seit
18. belagert. March auf Omaruru wird morgen angetreten.
Reinwein in zwei Tagen mit Dampfer hier zu erwarten.
Die Abblösungsmannschaften der südwesafrikanischen Schütz-
truppe sind, wie weiter gemeldet wird, mit dem Transporthampfer
„Eraft Börmann“ in Swalopmund eingetroffen.

Frankreich.

Im Kloster der Assumptionisten ist unter angeblich verdäch-
tigen Umständen eine Chilenin Maria de la Luz gestorben.
Der „Matin“ hat eine Untersuchung gefordert, über die angeblich
spurlos verschwundenen riesigen Renten, die die Verstorbenen mehrere
Jahre hindurch aus ihrem 50 Millionen Frank betragenden Ver-
mögen regelmäßig bezogen habe. Die Staatsanwaltschaft hat es
abgelehnt, eine Untersuchung über den Tod der Chilenin einzuleiten.
In der Kammer ist darauf eine Interpellation einge-
bracht worden, und am Dienstag hat sich der Ministerrat mit der
Angelegenheit beschäftigt, aber auf Grund der vom Justizminister
vorgelegten Gutachten zweier Verzte, nach denen Maria de la
Luz an Lungentzündung gestorben sei, beschlossen, von einer ge-
richtsärztlichen Obduktion der Leiche abzusehen, weil die Familie
der Verstorbenen sich gegen die Ausgrabung der Leiche ausgesprochen
hat. Die Interpellation wird am Freitag verhandelt.

Belgien.

ac. In jedem Jahre, wenn die jungen Leute zum Militär
eingezogen werden, erhebt die „Junge sozialistische Garde“ eine
energievolle Agitation gegen den Militarismus im allgemeinen
und das belgische Loskaufs-System (wonach sich reiche
Leute, die zum Militär ausgehoben sind, durch Zahlung einer
Summe von 1600 Frank loskaufen können) im besonderen. In der
Regel ist aber auch die Staatsgewalt hinter den jungen anti-
militaristischen Agitatoren her und in jedem Jahre kostet es Opfer.
Auch dieser Tage wurden Plakate der Brüsseler Jungen Garde von
den Mauern abgerissen, die Polizei drang in eine Buchdruckerei
ein und beschlagnahmte große Pakete mit Plakaten wegen des „staats-
gefährlichen“ Inhalts und die Verfasser haben eine Anklage zu
erwarten. Trotzdem wurden in den letzten Tagen in Brüssel
große Demonstrationen durch die Straßen zur Ausführung
gebracht.

England.

ac. Die Regierung verfügt in der soeben begonnenen Ses-
sion über eine Majorität von 112 Stimmen. Nach den Ab-
wahlen im Jahre 1900 betrug die Regierungsmehrheit 134 Stim-
men; der größte Teil der Nachwahlen ist zugunsten der Liberalen
ausgefallen und einige ehemalige Konserwativen und Unionisten
sind formell aus ihrer Partei ausgetreten. Die Regierung ver-
fügt jetzt über 391 Stimmen, denen 278 Stimmen der Opposition
gegenüberstehen. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob die Regierung
in den politischen Fragen sämtliche ihrer sonstigen An-
hänger hinter sich finden wird. Nicht alle Konserwativen und
Unionisten sind von den Chamberlainischen Plänen überzeugt
und viele von ihnen werden hier mit der Opposition gehen. Der
Thronrede nach zu schließen, dürfte die Entscheidung über die zu-
kunftige Zollpolitik Englands überhaupt nicht in dieser Session,
sondern erst nach den nächsten allgemeinen Wahlen erfolgen.
Der Premierminister Balfour ist erkrankt. Sein Fernbleiben
vom Parlament erhöht die Schwierigkeiten der Regierungspartei.
Morley will sein Reichsanwaltschaftsamt zur Adresse an den
König erst zu Anfang nächster Woche zur Debatte kommen lassen,
damit Balfour dann darauf antworten kann. Aber viel länger
kann die Debatte keinesfalls verschoben werden. Es heißt, die
unionistischen Freihändler hätten die Fassung des Morleyschen
Amendements gebilligt, aber es ist zweifelhaft, ob sie mit der
Opposition dafür stimmen werden. Einige von ihnen, darunter
Gibbs-Bauch, werden, wie man glaubt, in dieser Vertrauensfrage
die Regierung unterstützen.
Das in Harmondsworth Verlag erscheinende neue illustrierte
Blatt „Daily Mirror“ will wissen, Balfour beschwichtigte, am 5.
April Rewahlen auszusprechen zu lassen.

Südafrika.

ac. Dieser Tage ist in London ein umfangreiches Mandat
erlassen, in welchem die im Juli ernannte Transvaal-Arbeits-
kommission ihren Bericht gibt. Es ist ein Majoritäts- und ein
Minoritätsbericht. Diese Kommission hatte zu untersuchen, wie
viel Arbeitskräfte nötig sind, um den Bedarf für

die Wein-, Industrie und Landwirtschaft in den neuen südafrikan-
ischen Kolonien zu decken. Der Majoritätsbericht schlägt sich ganz
dem Gutachten der Bergwerkskammern an, wonach der Bedarf an
Arbeitskräften allein im Bergbau das Angebot um 120 000 Arbeiter
übersteige; innerhalb der nächsten 5 Jahre würden allein in den
Goldminen von Witwatersrand 120 000 Arbeiter mehr gebraucht,
als vorhanden und in Südafrika erschaffen seien. Der gleiche
Mangel an Arbeitskräften sei in der Industrie und Landwirtschaft
vorhanden und werde sich mit dem steigenden Verkehr noch ver-
mehren. Eingeborne Arbeiter seien in Zentral- und Südafrika
nicht genügend zu erhalten.

Dagegen stellt der Bericht der Minorität fest, daß der vor-
handene Arbeitermangel ein vorübergehender sei, daß in Zentral-
und Südafrika bei einiger Anstrengung genug Arbeitskräfte auf-
zutreiben und daß auch weiße Arbeitskräfte mit heranzuziehen
seien. Der Minoritätsbericht kennzeichnet die Bergwerkskammer
als eine Zusammensetzung von Vertretern ausländischer Banken
und Finanziers, die in ihrer Mehrzahl ihren Besitz in den euro-
päischen Großstädten und an der Wohlfaht des Landes (der
Kolonien) kein andres Interesse haben, als der Wert ihrer Aktien
steigend zu sehen.

Der Bericht wird in der gegenwärtigen Sitzung des englischen
Parlaments voraussichtlich eine Rolle spielen, da die Unternehmern
chinesische Kulis nach Südafrika einführen wollen. Diesem
widersteht sich vor allen Dingen die englische Arbeiterschaft.

Japan.

ac. Katayama, der bekannte Führer der japanischen
Sozialdemokratie hat sein Vaterland am 29. Dezember
verlassen und sich zunächst nach den Vereinigten Staaten von Nord-
amerika begeben. Dort hat Katayama 13 Jahre seines Lebens
verbracht, hat dort die englische Sprache erlernt und die Ideen
des Sozialismus in sich aufgenommen. In einem Abschieds-
artikel in seinem Blatte „The Socialist“ wirft Katayama einen
Rückblick auf die sozialistische Bewegung in Japan. Vor acht
Jahren, als er von Nordamerika nach Hause zurückkehrte, sei in
seinem Heimatland vom Sozialismus noch keine Spur vorhanden
gewesen, heute beschäftige sich alle Welt damit und zahlreiche Freunde
seien dem Sozialismus erworben. Katayama wird sich einige
Monate in den Vereinigten Staaten aufhalten, um unter seinen
dortigen Landsleuten zu agitieren; später wird er Europa be-
suchen und auch an dem Antikeramer Kongress teilnehmen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. Februar 1904.

— Distriktsklub Alte Neustadt. Für den durch
die Parteiverammlung am 8. Februar er. ausgefallenen
Diskutierabend findet am Freitag den 5. Februar ein solcher
bei Saatenmacher statt. — Diskutiert wird im Anschluß an
das behandelte Thema: Wie erobern wir die politische
Macht, über Naturalisation. Zahlreiches Erscheinen
der Parteigenossen der Alten Neustadt ist daher sehr er-
wünscht.

— Von einer neuen „50 000 Mark-Erbchaft“
„Beleß“ faselte — in Fettdruck an der Spitze des Blattes —
gestern ein hiesiges auf dem Aussterbeetat stehendes Blatt.
Natürlich ist die Notiz nur erfunden, um die Lang-
weiligkeit des übrigen Inhalts dieses Blattes durch ein
Sensationsmärchen zu verunsichern.

— Zur Lage der Telephon-Arbeiter. Fernsprech-
Bureau heißt dasjenige Messort bei der hiesigen Post-
direktion, bei dem circa 60 Mann, eingeteilt in sechs Ko-
lonnen zu je 10 Mann, beschäftigt werden, und die
sämtlichen Telephonanlagen des Postbezirks Magdeburg an-
zulegen, zu kontrollieren und in Stand zu halten haben.
Die Lage dieser Telephon-Arbeiter, die sehr oft hoch oben in
den Rüstern in den über den Häusern sich hingiehenden Lei-
tungen ihre lebensgefährliche Arbeit zu verrichten haben, ist
die denkbar traurigste. Der Anfangslohn für Hilfsarbeiter
beträgt 2,50 Mark; haben sie sich die notwendigen Kennt-
nisse und Fertigkeiten angeeignet, um selbständig arbeiten zu
können, erhalten sie das Prädikat „Ständiger Arbeiter“ und
erhalten als solche 2,80 Mark. Von nun an steigt der Lohn
jedes Jahr um pro Tag 20 Pf. bis zum Höchstbetrag von
3,20 Mark. Es gibt also mit der Aussicht auf Anstellung
die grandiose Zulage im ganzen nur zweimal. Der Vor-
arbeiter, der über je 10 Mann gestellt ist, erhält etwas
mehr.

Befinden sich die Leute außerhalb, was sehr oft vor-
kommt, so bekommen sie eine Zulage von 50 Pf. Für be-
sonders teure Gegenden wie den Harz usw. gar 60 Pf. Für
den ganzen Sonntag, wo doch die Leute ebenfalls leben
wollen, wird für außerhalb ein halber Tagelohn gewährt.
Für Ueberstunden, die sehr oft geleistet werden, wird keine
Vergütung berechnet.

Ist schon die Entlohnung eine durchaus ungenügende,
so läßt auch die Behandlung seitens der Revisoren, die zu-
meist aus den Kreisen der Militärärzte genommen wer-
den, ebenfalls viel zu wünschen übrig. Aeußerungen wie:
„Wenn's nicht paßt, kann wieder hinterm Pfluge gehen!“
sind noch die mildesten. Bei der kleinsten Unregelmäßigkeit
wird sofort mit Entlassung gedroht.

Daß sich unter diesen Verhältnissen bei den Telephon-
Arbeitern ein stetig steigender Unmut bemerkbar macht, ist
natürlich. Noch dazu aus Aeußerungen von höheren Vor-
geordneten herausklang, daß die bisher gezahlten Löhne noch
zu hoch seien und eine Reduzierung in Aussicht gestellt
wurde. Die Telephon-Arbeiter sind aber nicht gewillt, dieses
alles sich so ohne weiteres gefallen zu lassen. Das Verleihen
einer Dienstmütze trägt bekanntlich nicht zur Stillung des
Hungers bei, das mag sich die hiesige Oberpostdirektion ge-
sagt sein lassen. Will diese nicht, daß ihre Arbeiter zu So-
zialdemokraten werden sollen, dann ändere sie heizzeiten die
Lebenslage derselben.

— Ein Vielbeschäftigter. Herr Wilhelm
Kraßbach, der durch das Schimpfwort „Die Arbeiter sind
Gefindel und Maden!“ gelegentlich der Reichstagswahl viel
zum Siege unres Genossen Pfannfuch beigetragen hat, ist
nun auch noch zum Mitgliede der Handelskammer gewählt
worden. Die Zahl der Kämter und Posten, die schon auf
Herrn Kraßbachs Schultern lasten und die jetzt schon Legion
sind, ist dadurch wieder um eine vermehrt. Hoffentlich bleibt
uns der Herr noch recht lange zum Wohle der Stadt und
derer Bürger erhalten.

Deutscher Reichstag.

(23. Sitzung.)

Berlin, 3. Februar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Einem, Dr. Niederding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Zweite Beratung des Entwurfs, betreffend Verlängerung des Friedenspräsenzgesetzes.

Abg. v. S d l e r (Antif.): Wir können der Vorlage nur zustimmen, wenn in Zukunft mehr für die Errichtung kleiner Garnisonen, besonders im Osten getan und dafür gesorgt wird, daß die Reservisten nach ihrer Entlassung auch wirklich in die Heimat zurückkehren, wo die Landwirtschaft dringend Arbeitskräfte braucht. Gegen das Potential und die Zahl der Militärs ist Militär notwendig. (Bravo! b. d. Antif.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freif. Sp.) erklärt im Namen seiner Fraktion, daß sie gegen die Verlängerung der Festsetzung der hohen Friedenspräsenzstärken stimmen würde.

Abg. v. S a r l i n s k i (Pole) hält den Gedanken für aussichtslos, die polnischen Provinzen durch kleine Garnisonen germanisieren zu wollen. Der preussische Staat sei nur durch Spitzbüberei in den Besitz der polnischen Provinzen gelangt.

Präsident Graf Ballokreim ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freisinnigen Volkspartei angenommen.

Es folgt die

Erste Lesung der Vorlage über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft.

Staatssekretär Dr. Niederding: Wenn die Vorlage verhältnismäßig spät gekommen ist, so liegt das an den Schwierigkeiten in der Feststellung der Einzelheiten. Weislich wird der Entwurf nicht allen Wünschen entsprechen. Eine unbefangene Prüfung wird jedoch ergeben, daß der Entwurf die Rechtslage für unsere Untersuchungsgefangenen in Deutschland in einer Weise verbessert, wie in keinem andern Lande. Zur Grundlage des Entwurfs diente uns das bestehende Gesetz zur Entschädigung unschuldig Verhafteter. Bei der sachlichen Begrenzung des Entschädigungsanspruchs sind wir davon ausgegangen, daß die Entschädigung nur solchen Personen gewährt wird, die aus der Untersuchungshaft frei von jedem Verdacht hinsichtlich der Tat, deren sie beschuldigt werden, hervorgehen. Ein ähnlicher Grundsatz gilt ja auch in dem Gesetz für unschuldig erlittene Strafhaft. Die Entschädigung soll nur gewährt werden für wirtschaftliche und Vermögensschäden. Willkürlich muß die Entschädigung auch dann verweigert werden, wenn jemand freiwillig oder durch grobe Fahrlässigkeit die Haft herbeigeführt hat. Auch hierin stehen wir auf dem Boden früherer Beschlüsse des Reichstags. Auch in solchen Fällen kann eine Entschädigung nicht zugewillt werden, in denen eine nach dem Gesetz formell strafbare Handlung vorliegt, das Verhalten des Verhafteten aber darauf abzielt, daß es sich mit dem Gesetze der Sittlichkeit und im weiteren Sinne mit denen der Loyalität nicht vereinbaren läßt. Wenn z. B. ein Trunkenbold in der Trunkenheit mit dem Messer schießt, dann wegen Körperverletzung angeklagt wird, so würde die öffentliche Meinung nicht verstehen, wenn ihm, weil er wegen sinnloser Trunkenheit freigesprochen werden mußte, trotz seines schuldhaften Verhaltens eine Entschädigung aus Staatsmitteln gewährt würde. Ebenso unverständlich würde es sein, wenn einem Bucherer, der nicht überführt werden kann, noch eine Entschädigung aus Staatsmitteln gewährt wird, so daß er nicht nur unbedarft mit seinem Hab und Gut kommt, sondern noch etwas dazu erhält. Schließlich haben wir auch Rücksicht nehmen müssen auf das Vorleben derer, die unschuldig in Untersuchungshaft gesetzt worden sind. Vorbestrafte Personen haben zwar ihre Strafe abgeleistet, aber den guten Rummund müssen sie erst durch besseres Leben herstellen und die Schädigung anderer Menschen müssen sie ausgleichen, die durch ihr verbrecherisches Tun früher herbeigeführt worden ist. Die öffentliche Meinung würde es nicht verstehen, wenn ein solcher Mann, der von dem von ihm Geschädigten den Schaden nicht ersetzt hat, jetzt aus Staatsmitteln selbst eine Entschädigung erhalte. Die Verweigerung der Entschädigung an solche Leute liegt im Sinne vorbeugender höherer Gerechtigkeit. Eine letzte Ausnahme macht der Entwurf in denjenigen Fällen, in denen der Entlassene nicht gewährleisten kann, daß er nicht wegen derselben Straftat noch einmal zur Rechenschaft gezogen wird. Wir haben kein Verfahren, die Unschuld festzustellen. Deshalb können wir die Entschädigung nicht gewähren, wenn der Staatsanwalt die Verfolgung einstellt, sondern nur, wenn das Gericht sie beschließt.

Der Grundgedanke des Entwurfs ist eine Form der Entschädigung, die für die Idee der Rechtsprechung erträglich ist. Große praktische Folgen hat das Gesetz auf Entschädigung unschuldig erlittener Strafhaft nicht gehabt. Gott sei Dank sind bei uns die Fälle selten, in denen Unschuldige bestraft werden. Von weit größerer Bedeutung ist der vorliegende Entwurf. Öffentlich entschließt sich der Reichstag, der Regierung entgegenzukommen, so wie die Regierung ihm entgegen gekommen ist. Dann ließe sich ein großer kultureller Fortschritt erzielen. (Bravo!)

Abg. S i m b u r g (Konf.) beantragt, die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen, die auf der Grundlage des Entwurfs etwas Brauchbares schaffen müsse.

Abg. M o m m s e n (Freif. Sp.) erkennt an, daß die Regierung endlich dem jahrzehntelangen Drängen des Reichstags nachgegeben hat. Aber der Entwurf entspricht nicht dem, was wir unter wirklicher Gerechtigkeitspflege verstehen. Die Vorlage beruft sich auf die Grundlage des Gesetzes zur Entschädigung unschuldig erlittener Strafhaft, aber dieses Gesetz ist 1898 nur angenommen worden, weil sonst gar nichts zu erreichen war. Die Bestimmung, daß die Entschädigung nicht gewährt werden soll, wenn noch ein begründeter Verdacht vorliegt, wird in der Praxis dazu führen, in den allermeisten Fällen die Entschädigungspflicht zu verneinen. Die Entschädigungspflicht muß auf die Fälle ausgedehnt werden, wo nur die Nichtstrafbarkeit festgestellt ist. Mit der Beschränkung der Entschädigung auf die eigentliche Vermögensschädigung sind wir einverstanden. Dagegen halten wir es für falsch, daß der kauschurartige Begriff der groben Fahrlässigkeit in das Gesetz eingeführt wird. Das Allergeringste ist, daß die „guten Sitten“ durch diesen Entwurf in das Strafrecht kommen. Ganz unhaltbar ist es weiter, auch diejenigen von der Entschädigung auszuschließen, die wegen Landfriedens, Trunkenheit usw. einmal bestraft worden sind. Die Entschädigung müßte gerade auch dann gewährt werden, wenn der Verhaftete nicht durch Gerichtsbescheid, sondern schon vor Staatsanwaltschaft freigelassen worden ist, denn dann ist er unter allen Umständen unschuldig. Wenn wir daran festhalten, daß im Beschlußverfahren die volle Unschuld des Betroffenen erwiesen werden muß, so kommen wir tatsächlich zu zwei Klassen von Freigesprochenen. Diese Bestimmung muß aus dem Entwurf heraus, nur dann kann man von einem Kulturfortschritt sprechen. (Bravo! links.)

Abg. G r ö b e r (Agr.): Wir setzen in der Vorlage einen erfreulichen Fortschritt und stimmen der Kommissionsberatung zu. Einige Bedenken haben auch wir. So halten wir die Unterscheidung zwischen Unschuldigen und eigentlich Schuldigen für unhaltbar. Aber schließlich bin ich zufrieden, wenn wenigstens ein Teil der unschuldig Verhafteten entschädigt wird. Warum aber sollen die Personen, die bis zu vier Wochen des staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens in Untersuchungshaft sind, keine Entschädigung erhalten? Dergleichen Fälle sind sehr häufig. (Sehr richtig! im Zentrum.) Vielleicht empfiehlt es sich, die richterliche Voruntersuchung auf alle Straftaten auszubehnen. Die Entschädigung muß ferner auch auf ungerechtfertigte, zwangsweise Vorführung und unerschützte Beschuldigung ausgedehnt werden. Die Ausnahmen machen ganz den Eindruck, als hätte der Fiskus Angst, es wolle sich jemand auf seine Kosten bereichern. Auch gegen die Nichtentschädigung derer, die schon einmal zu Gefängnis verurteilt waren, muß ich mich mit aller Entschiedenheit wenden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. H e i n e (Soz.): Nach der scharfen Kritik, die der Vorredner am Entwurf geübt hat, ist nur unbegreiflich, wie er ihn als erheblichen Fortschritt hat begründen können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Danach müßte es so scheinen, als sei die Rede nur um gehen, um das juristische Geistesleben des Reichstags zu heben, das die Zentrumspartei dem Entwurf aber zustimmen wird. Es gibt Verbesserungen, die schlimmer sind als gar nichts, weil sie die öffentliche Meinung irrezuführen zu dem Glauben, es wäre etwas Wesentliches geschehen und die sich dann als Vollwerk jedem wirklichen Fortschritt entgegenstellen. Das Gesetz von 1898 ist ein eklatantes Beispiel dafür. Dort hat man den prinzipiellen Fehler gemacht, gegen die bessere Ueberzeugung unzulänglich zu votieren, und jetzt beruft sich die Regierung darauf. Im Gegenteil fühlen wir uns verpflichtet, den neuen Gesetzesentwurf erst recht sorgfältig zu prüfen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Unterschied zwischen wirklich Freigesprochenen und solchen, die nur so so frei kommen, (Seiterkeit) darf nicht aufrechterhalten werden, das schlägt dem natürlichen Rechtsgefühl geradezu ins Gesicht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das uralte Rechtsprinzip, daß jeder so lange als ehrenhaft gilt, bis ihm das Gegenteil nachgewiesen ist, soll hier umgestoßen werden. Man muß nicht nur dann Entschädigung gewähren, wenn der Verhaftete seine Unschuld bewiesen hat, sondern muß davon ausgehen, daß

jeder von Natur frei ist und jeder Eingriff in die persönliche Freiheit schadenhaftig macht, wie das im bürgerlichen Recht anerkannt ist. Nach der Vorlage hat man aber den Eindruck, als ob der normale Zustand für den Deutschen der sei, im Gefängnis zu sitzen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Richter werden, wenn der Entwurf unverändert bleibt, sich einfach mit einem Non liquet! der Schadenersatzpflicht entziehen. (Sehr richtig! links. Dol. rechts.) Der Richter will ja damit nicht dem Staat einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschaffen, er kann sich nur nicht aus dem Range der herrschenden fiskalischen Interessen befreien.

Wie selten kommt es vor, daß die Gerichte die notwendigen Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegen? Wenn der Verteidiger den Angeklagten frei bekommen hat, so sagen sie, die Sache lag so einfach, daß der Angeklagte seine Freisprechung voraussehen mußte. (Heiterkeit und Hört, hört! links.) Aber der Richter, der das Hauptverfahren kurz vorher eröffnete, brauchte es nicht zu wissen! (Heiterkeit.) Auch wenn die Einstellung des Verfahrens aus Verjährung oder wegen mangelnden Strafantrags erfolgt, muß Entschädigung gewährt werden. Denn es liegt ganz offenbar ein Fehlgriff der Justiz von Anfang an vor. (Sehr richtig! links.) Ueberhaupt müssen die Ausnahmen von der Entschädigungspflicht beseitigt werden. Der Staatssekretär berief sich auf die früheren Beschlüsse des Reichstags, vor denen er Respekt haben müsse. Hätte man doch häufiger Respekt vor solchen Beschlüssen, wenn sie etwas geben, und nicht nur, wenn sie etwas nehmen. Gewiß gibt es arme Teufel, die so eint sind, daß sie lieber ins Gefängnis gehen, als auf der Straße erkranken; aber die stellen keine Entschädigungsansprüche. Und was bedeutet grobe Fahrlässigkeit? Gehört dazu auch Unkenntnis der Gesetze, z. B. das Unterlassen der Besondere gegen den Haftbefehl? Der Staatssekretär scheint der Meinung zu sein, daß über eine Gefahr nicht besche, aber die Auslegung durch die Gerichte hat sich schon oft nicht um die Meinung des Staatssekretärs gekümmert. Müßte nicht umgekehrt eine grobe Fahrlässigkeit eines Beamten eine erhöhte Haftung herbeiführen? (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Als Verloß gegen die guten Sitten wird man vielleicht das Streikpostenfachen ansehen und den deswegen verhafteten Arbeitern keine Entschädigung zubilligen. Oder es wird jemand von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen. Seine sozialdemokratischen Tendenzen und seine scharfe Kritik des Reichsoberhauptes werden sicherlich als Verloß gegen die guten Sitten gelten. (Heiterkeit.) Auch vorbestrafte darf man die Entschädigung nicht entziehen. Das ist heute jeder oppositionelle Redakteur. Wenn die Polizei oder die Staatsanwaltschaft jemand verhaftet, so besteht nach dem Entwurf kein Anspruch auf Entschädigung. Niemand begehrt, warum. Und das sind eine ungeheure Zahl von Fällen. Der Staatssekretär vermischt eine Inflation zur Entschädigung. Inflation zur Verhaftung hat die Bureaucratie immer gehabt. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) In Wahrheit fürchtet man erhebliche Kosten infolge des Reichstags der Staatsanwaltschaft. Auch für den moralischen Schaden aus Entschädigung gewährt werden, denn es ist ein besonderer Fall, wenn im Namen des Rechts Unrecht geschieht. Die Verfolgung des Anspruchs ist durch die kurze Verjährungsfrist sehr erschwert. Dasselbe Gericht, das die Verhaftung angeordnet hat, sollte nicht für die Entschädigung zuständig sein. Die Beamten selbst müßten regerechnung gemacht werden, damit sie weniger leichtfertig vorgehen. Die Justiz müßte, wenn sie unrecht tut, ihre Ehre davor setzen, eher noch mehr zu geben als sie verpflichtet ist. Wir werden dem Gesetz nur zustimmen, wenn es den Grundrissen der Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit mehr entspricht als der Entwurf. (Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär N i e d e r d i n g: Auf die juristischen Einzelheiten werde ich in der Kommission eingehen. Entschieden muß ich es aber zurückweisen, daß der Entwurf von fiskalischen Interessen ausgeht. Die Zahl der Verhaftungen, die vom Staatsanwalt selbst wieder aufgehoben werden, beträgt nur 3 Prozent aller Verhaftungen.

Abg. H a g e m a n n (natl.): Der Kommissionsberatung stimmen wir zu. Die Information des Abg. Heine, die Richter würden aus fiskalischen Interessen die Freisprechung anderns motivieren, weise ich auf das Schärfste zurück. (Beifall rechts.) Auch die 3 Prozent von staatsanwaltlichen Haftbefehlen Betroffenen sollten entschädigt werden. Die Ausnahmen auf Grund von Verloß gegen die guten Sitten und bei grober Fahrlässigkeit müssen beseitigt und die Vernehmung gegen den Gerichtsbescheid eingeführt werden. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Dr. M ü l l e r - M e i n i n g e n (Freif. Sp.): Im Prinzip sind auch wir mit der Vorlage einverstanden. Die Statistik des Staatssekretärs bezieht sich nur auf die großen Städte, da sind die Staatsanwälte überlastet und geben die Alten ganz rasch ab. Ueber dem ganzen Gesetz schwebt der Geist des seligen Finanzministers von Preußen.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

(48. Fortsetzung.)

Anna hatte ihre Mutter um die Taille gefaßt und wollte sie hinausführen.

Aber Horstmann riß sie vor der Tür an sich.

„Du bleibst!“

„Papa! Papa! Sei doch gut!“ sagte Lotte leise.

„Was tust Du, Papa?“

„Dumme Gans, sei still! Willst Du Dich gegen Deinen Vater auflehnen? Geh! Ich habe mit Deiner Mutter zu sprechen.“

Während Lotte Frau Regierungsrat hinausführte, ergriff er Annas Handgelenk und zwang sie auf den Sessel nieder. Als sie allein waren, setzte er sich ihr gegenüber und starrte sie finster an.

„Wenn Du mir was tust, rufe ich um Hilfe!“ sagte Anna mit bebenden Lippen.

„Ich Dir was tun? Ich werde mich hüten, Dich anzuhören. Aber höre zu! Jetzt spreche ich zum ersten Male als Dein Mann. Drei Jahre habe ich Dein Treiben mit angesehen. Heute sage ich Dir: Es ist genug. Du hast mir Liebe geschworen, die hast Du mir nicht gegeben. Jetzt halte ich mich an den Gehorsam, den Du mir am Altar geschworen hast. Ich will ein gehorames Weib aus Dir machen!“

Anna sah ihn gehässig an.

„Worin soll ich Dir gehorchen?“

„Das werde ich Dir schon sagen, wenn's Zeit ist. Vor allem verlange ich, daß Du mit mir zusammenlebst und nicht mit der Spießhaft, die eben mein Haus verlassen hat. Meine Interessen sollst Du Dir zu eigen machen, um mein Wohl sollst Du Dich vor allem kümmern. . . . Ich hab' Dich geliebt, Weib. Du hast so nicht gewußt, was

Du mir warst. Wenn Du mir nur ein bißchen von Deinem Herzen gegeben hättest, hättest Du mit mir machen können, was Du wolltest. Aber nein! Ich war für Dich nur der Lölpel, der gut genug war, Geld herzugeben, immer wieder Geld, für Deinen Luxus, für Deine Hungerleider von Verwandten. Daß Du so dumme warst und nicht einsehst, daß, wenn man so viel nimmt, man auch was geben muß, aus reiner Klugheit, damit der Lölpel bei guter Laune bleibt! Aber Du! Je besser ich zu Dir war, desto mehr hast Du mich verachtet. Je reicher ich Dir meine Liebe offenbarte, desto mehr hast Du darin den Grund gesehen, mich an die Wand zu pressen. Wenn es nach Dir gegangen wäre, hätte ich mit den Dienftboten zusammen gegessen. Du hättest mich am liebsten verleugnet vor Deiner Gesellschaft. Lieber Himmel, wenn Du bloß eine Ahnung hättest, wieviel mehr wert ich bin als die ganze Waise. Wenn von deren Dasein kein Mensch mehr eine Ahnung hat, dann wird man sich meiner noch erinnern. Ich habe Arbeiten verrichtet, die nicht zugrunde gehen. Aber Du bist ja unfähig, den wirklichen Wert eines Menschen zu schätzen. Du hast Idioten wie Holleder, und wie sie alle heißen, die nichts können, als sich die Fingernägel reinmachen, gegen mich vorgezogen. Du hast Dich meiner geschämt.“

„Das sind ja alles nur Deine Einbildungen.“ erwiderte Anna. „Ich habe Dich niemals unterschätzt und habe auch nie irgend jemand Dir vorgezogen. Das ist einfach nicht wahr.“

„Was?“ schrie er. „Meinst Du, ich wäre blind gewesen die drei Jahre lang? Ja wahrhaftig, ich war blind und blöde! Aber dann sind mir die Augen aufgegangen. Weißt Du, wann? Als ich allein an dem Tisch saß, wie ich von Szegedin zurückgekommen bin, bei der Friedeinerweihung. Da habe ich mich gekümmert vor Schmerzen wie ein Tier, das man langsam umbringt. Du wußtest, was ich vorher durchgemacht hatte. Die Qualen, die ich ausgestanden hatte. Das hast Du in meinen Briefen gelesen. Du wußtest auch, was mir bevorstand. Aber Dich hat das nicht gequält, Du hast Dir den Champagner

schmecken lassen und bist nicht zu mir gekommen und hast gesagt: Wir wollen machen, daß wir fortkommen. Sie haben vor, Dir einen bösen Streich zu spielen. . . . Nein, Du bist ruhig geblieben, Du hast Dich auf die Schande gefreut, die man mir antun würde.“

„Das ist nicht wahr! Ich hab's nicht gewußt. Sonst wär ich wohl nicht gekommen!“

„Warum bist Du dann nicht mit mir aufgestanden und hast gesagt: Mein Mann hat recht. Ihm ist unrecht geschehen. Ich mag nicht mit Betrügern am Tisch sitzen.“ Aber Du! Du hast mit meinen Feinden gemeinsame Sache gemacht. Du hast Dich nicht um mich gekümmert, Du mir in der Nacht aufstehen würde, weder in dieser noch in den folgenden.“

„Ich hab' mich wohl um Dich gekümmert.“

„Ja, Polkisten hast Du mir auf den Hals geschoben, die mich einfangen sollten. Das war Deine Fälschung. Du hast mich an die Ärzte ausgeliefert. Was ist Dir am Schlaf anbertraut habe, weil ich noch an Deine Treue glaubte, hast Du ihnen verraten. Und als ich am Rand und von allen verlassen nach Haus kam, so habe ich in meinem Zimmer geessen und gehorcht, gehorcht und gelauert. Ich dachte, sie wird zu Dir kommen, Dein Weib, das dir alles verbannt, und sagen: Wenn das Welt Dich verläßt, ich stehe treu zu Dir, ich teile Freund und Leid mit Dir. Aber was tatest Du? Als wenn ich ein Stück Holz wär, bist Du an mir vorbeigegangen. Hast nach der Abhut fremder Leute anvertraut. Und mit den Leuten, die mich verfolgten, hast Du gemeinsame Sache gemacht. Weißt Du, wie bist Du verrückt gegen mich gewesen! Ich habe ja die schlimmste Undankbarkeit ertragen, ich bin betrogen, mit Tritten heimgekehrt, alles das hätte ich übermunden, ich hätte mich wieder herausgerappelt. Aber daß Du undankbar warst, Du Teufel, Du! Du Bette! Du hast an mir gefrevelt! Wie eine Dirne hast Du Dich betrauen — und das sollst Du büßen!“

(Fortsetzung folgt.)

zur Stärkung des Kampfes der Arbeiter zu verwenden, sei in diesem Falle nicht angebracht. Im Interesse der Ruhe und des Friedens bittet S. die Versammlung, sich mit den Beschlüssen der Pressekommision einverstanden zu erklären.

Genosse Bänder weiß den Vorwurf des Genossen Henning, die Pressekommision habe leichtfertig gehandelt, mit Entschiedenheit zurück. Seine Frage sei so eingehend behandelt, als die Redaktionsfrage. Auch für ihn war die Redaktion Marckwald nur ein Provisorium. Persönliche Momente haben bei der Wahl der Redakteure nicht miteingewirkt. Betreffs der Höhe der Gehälter meint B. sei es gut, daß sich die Zeiten und auch die Anschauungen geändert hätten. Erste Kräfte wüßten eben gut bezahlt werden. Nach einigen weiteren Ausführungen erachtet B. den Antrag Henning abzulehnen.

Genosse Bänder er will haben, daß auch die Stimme des Volkes gehört werde. Er vermisst die sonst geübte Bekanntmachung beim Wechsel der Redaktion. Als Redner erklärt, alte Genossen hätten ihn erklärt, die Artikel des „General-“ und „Central-Anzeiger“ seien besser als die der „Volksstimme“ unter der jetzigen Redaktion, entsieht ein großer Lärm.

Genosse Bänder weist eine bezerrigte Beschimpfung des eigenen Organs zurück und zucht Bänder zur Ordnung.

Genosse Ehr. Schmidt wundert sich, daß der frühere Redakteur Albert Schmidt sich nicht als Chefredakteur gemeldet habe. Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß dieses nicht zur Tagesordnung gehöre. Die weiteren Ausführungen Schmidts gehen in dem entsetzlichen Lärm verloren.

Genosse Harbaum gibt einen Ueberblick über die Entwicklung der „Volksstimme“ von ihrem ersten Anfang an. Die Summen, die früher nach der Gerichtsstufe gewandert seien, hätten ihn immer sehr geschmerzt. Dies sei jetzt anders. Würden die Genossen sich streng daran halten, nur in den Geschäften zu kaufen, die in der „Volksstimme“ inserieren, könnten sie viel zur Hebung des Blattes beitragen.

Es ist inzwischen 11 Uhr geworden und der Ueberwachende will auf Schluß der Versammlung dringen. Er wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlung eine Vereinsversammlung und als solche nicht an die Polizeistunde gebunden ist. Darauf wird in der Verhandlung fortgefahren.

Genosse Zacharias ist infolge der Unruhe und weil der Redner immer zur Sache gerufen werden muß, nahezu unverständlich. So viel zu verstehen, glaubt Redner nicht daran, daß Marckwald freiwillig gekündigt habe. Marckwald habe viele Opfer für die Partei gebracht, es sei unrichtig gewesen, ihm mit Unbill zu lohnen. Redner beantragt, Marckwald nach Entlassung aus dem Gefängnis wieder als Chefredakteur einzuführen. — Haupt beantragt, die Maßnahmen der Pressekommision gutzuheißen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Genosse Brandes bedauert es, daß über einen Mann hier gesprochen würde, der jetzt im Gefängnis sitze. Der Wechsel in der Redaktion sei deshalb nicht im Blatte angezeigt worden, weil man es den Lesern selbst überlassen wollte, das aus der Haltung der Zeitung zu erkennen. Sehr viele hätten sich jetzt lobend über die Redigierung des Blattes geäußert. M. habe völlig freiwillig gekündigt. Redner verliest den Kündigungsbrief Marckwalds vom 4. September, tritt für Ablehnung des Antrags Henning und für den Frieden in der Partei ein.

Genosse Hed ergänzt seine vorherigen Ausführungen betreffend der ungenügenden Bezahlung der Redakteure.

Genosse Hennig protestiert gegen die Art, wie Haupt die Kritiker der Pressekommision mundtot zu machen suche. Ebenso dagegen, daß man heute die Redner zwingt, sich schriftlich zum Wort zu melden. Redner wendet sich gegen Waders und Müllers Einstellung und spricht Haupt das Recht ab, die Sudenburger als minder ehrenhaft hinzustellen. Er bitte, seinen Antrag anzunehmen.

Brandes legt juristisch dar, daß der Antrag Henning deshalb nicht anzunehmen sei, weil der Vertrag, den man mit Müller geschlossen, nicht rückgängig gemacht werden könne. Nach Annahme des Antrags, der gegen Treu und Glauben verstoße, könne die Pressekommision nicht weiter im Amte bleiben. — Ein weiterer Redakteur sei notwendig, und da die Zeitung nicht dazu da sei, Ueberflüsse aufzunehmen, seien auch die Kosten nicht zu hoch. Und Müller sei die geeignete Person dazu; im März 1904 sei die Uebernahme vorgeschlagen, als er zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt war, habe er wie ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle gehandelt. Marckwald sei ein lächerlicher und beschämter Mensch, der nach seiner Strafe zweifellos wieder eine Stellung erhalte. Heute aber sei das Blatt entschieden besser und vornehmer.

Der Vorsitzende teilt mit, daß er vom Ueberwachenden zum Schluß gedrängt werde. Die übrigen Redner verzichten aufs Wort. Zacharias beantragt ferner, die Anstellung der künftigen Redakteure nicht allein von der Pressekommision, sondern endgültig von der Generalversammlung vornehmen zu lassen.

Hierauf wird der Antrag Haupt, der die Maßnahmen der Pressekommision gutheiße, mit Majorität angenommen. Damit fallen die anderen Anträge.

Folgender Antrag wird ebenfalls angenommen:

„Die Versammlung beauftragt den Vorstand, unter Benutzung der vom Magistrat gegen Entgelt abgeschrieben gelieferten Wählerlisten in allen Stadtteilen 14 Tage vor dem nächsten Quartal eine Verbreitung der Presse vorzunehmen. Der Vorstand wolle alle in den Wählerlisten verzeichneten Personen notieren, dann den Genossen zur Verfügung stellen und somit eine praktische wirksame Agitation anstellen.“

Um 12 1/2 Uhr wurde die Versammlung auf Freitag den 12. d. M. vertagt.

— Die Provinzpresse gegen Louis Stein. Im Briefkasten des „Stadt- und Landbote“ in Neuhaldensleben finden wir folgende Notiz:

„Ihre freundliche Anfrage beantworten wir dahin, daß der Verleger der „Neuesten Nachr.“ in Magdeburg, Herr Stein, in der Angelegenheit der Massen-Kelchmann auch bei uns vorstellig wurde. Wir haben ihn indes ebenfalls ablehnend beizubehalten, da es keines Scharfsichtes bedarf, um das sinnlose Unternehmen sofort zu durchschauen. (Was sagen die elf Heringe, gefallen dazu? Red. d. „N.“) Herr St. möchte jedenfalls dadurch den aufscheinend hart bedrängten „Neuesten Nachrichten“ auf die Beine helfen, daß er den Inseraten teils derselben, mit einigen Witten und vielleicht sonstigen haben Artikeln geschmückt, in Gestalt von Beilagen den Provinzialblättern beizulegen gewillt ist. Gelingt dem spekulativen Geschäftsmann seine Absicht, woran wir jedoch stark zweifeln, dann wird man bald am Kopfe der „Neuesten Nachr.“ lesen können: „Inserate in diesem Blatte (mit seinem Ableger für die Provinzzeitungen) gelangen in die Hände von so und so viel tausend Lesern.“ Verschiedene Zeitungsverleger, denen die Beilagengebühren — jährlich eine ganz erkleckliche Summe — in die Augen stach, haben sich auch schon verpflichtet, das St. H. Unternehmen zu unterstützen. Bei einigen ist inzwischen bereits die Kasse gekommen. Die Gründe, die uns bewegen haben, nicht auf den Reim des Herrn St. zu gehen, sind nachfolgend: ...“

Wie uns mitgeteilt wird, wird Herr Stein die bereits „vertraglich“ gewordenen Herren in Zerbst, Schönebeck usw. nicht verlagern, da er mit den Gerichten nicht gern etwas zu tun habe.

— Magistrat oder Bürgermeister? Ueber eine interessante Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht wird uns von unserm Berliner w. Korrespondenten geschrieben:

Der Magistrat der Stadt Bismark (Regierungsbezirk Magdeburg) hatte beschlossen, daß der Bürgermeister gehalten sein solle, mindestens 24 Stunden vor einer Sitzung des Magistrats dessen Mitgliedern die Tagesordnung zu lesen zu lassen, damit sie vorher über die in der Magistrats-

sitzung zur Verhandlung kommenden Gegenstände informiert seien. Der Bürgermeister als Magistratspräsident beantragte den Beschluß seiner eignen Kollegen wegen Geheimschreibung und berief sich auf § 9 der Ministerial-Instruktion für die Stadtmagistrate vom 25. Mai 1885. Dort sei bestimmt, daß außerordentliche Magistrats-Sitzungen unter Angabe des Zwecks (also der Tagesordnung) einzuberufen seien. Daraus sei zu folgern, daß für die ordentlichen Sitzungen die vorherige Aufstellung einer Tagesordnung ausgeschlossen sein solle. Deshalb sei jener Beschluß des Magistrats-Kollegiums gesetzwidrig und zu beanstanden.

Der Bezirksauschuß zu Magdeburg hob jedoch die Beanstandung des Beschlusses auf die Klage des Magistrats auf und führte aus: Der Beschluß überschreite nicht die Befugnisse des Magistrats und verlege auch nicht die Befugnisse. Aus der ausdrücklichen Forderung der vorherigen Angabe einer Tagesordnung für die außerordentlichen Sitzungen könne das gesetzliche Verbot der Aufstellung und der vorherigen Bekanntgabe einer Tagesordnung für die ordentlichen Sitzungen nicht gefolgert werden. Wenn nun der Beschluß des Magistrats somit nicht beanstandet werden konnte, so könne er allerdings doch nicht die Bedeutung haben, daß nichts anderes vorgenommen werden dürfe, als was auf der Tagesordnung stehe. Die Tagesordnung sei nur eine vorbereitende Anordnung.

Der Bürgermeister legte Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein und erzählte, daß der zweite Senat des Gerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Freitag die Vorentscheidung aufgehoben und die Beanstandung des Magistratsbeschlusses für gerechtfertigt erklärte. Gründe: „Der Gerichtshof nimmt an, daß der Magistrat zu dem Beschluß nicht befugt war, weil die Feststellung der Tagesordnung für die Magistrats-Sitzung und ähnliche in dieses Gebiet fallende Angelegenheiten zum Ressort des Vorsitzenden (Bürgermeisters) und nicht zu dem des Magistrats-Kollegiums gehörten.“

— Einen Einbruch verübte gestern Abend ein ehemaliger Angehöriger des Badermeisters Schiele in der Kaiserstraße in dessen Wohnung. Der Dieb wurde jedoch auf frischer Tat ertappt und der Polizei übergeben.

— Das neue Automaten-Restaurant unter der Firma „Triumph“ im Hause Alte Ulrichstraße 2 ist am Mittwoch Abend um 8 Uhr unter großem Andrang eröffnet worden. Damit hat Magdeburg ein hübsch und praktisch eingerichtetes weltstädtisches Etablissement mehr. Die Anstaltung ist eine elegante, ohne daß man von einer Ueberladung sprechen kann. Das Etablissement inkl. Einrichtung ist mit einem Kostenaufwand von rund 80 000 Mark hergestellt. Neu dürfte der vorhandene Sodawasser-Automat sein, der selbstständig kohlensäurehaltiges Wasser herstellt. Bei sämtlichen Apparaten ist die Verwendung von Gummi oder ähnlichem Material streng vermieden.

Provinz und Umgegend.

Groß-Otterleben, 3. Februar. (Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins) findet am Sonnabend den 6. d. M. statt.

Wittenberg, 3. Februar. (Bismarck-Partei.) Der Kreis am 16. Januar d. J. beabsichtigte das Gewerkschafts-Kartell das Theaterstück „Kapfenreich“ aufzuführen zu lassen. Durch Einspruch des Verlegers konnte die Vorstellung nicht stattfinden. Jetzt hat das Gewerkschafts-Kartell das Aufführungsrecht erworben und findet nunmehr bestimmt am Sonnabend den 6. Februar im „Fährtenhof“ die Aufführung von Beyerlins „Kapfenreich“ statt. Einplanlaris a 40 Pfg. sind bei den Kartelldelegierten sowie bei den Gewerkschaftsmitgliedern Greiner, Stahlfürherhöhe, und Wittowitz, S. d. Turm, und im „Fährtenhof“ zu haben.

Halberstadt, 3. Februar. (Stadtverordnetenversammlung.) Stadtd. Moschke berichtet über den Haushaltsplan des Bismarck-Kartells für 1904. Die Einnahmen und Ausgaben sind mit 16 370 Mark festgelegt. Stadtd. Dr. Weidling referiert über den Haushaltsplan des hiesigen Schlachthofs für 1904. Die Einnahmen und Ausgaben sind mit 76 200 Mark festgelegt und im Extra-Ordinarium mit 47 000 Mark. Der Erneuerungsfonds besteht aus 29 554 Mark. Referent führt aus, daß dieser Fonds durchaus zu niedrig sei. Für die nächsten Jahre wird die Einnahme sich bedeutend verringern. Trotzdem ist keine Erhöhung der Schlachtgebühr vorgesehen. Redner erachtet, den Etat in seiner aufgestellten Fassung anzunehmen, was auch geschieht. Dem Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins von Magdeburg und Umgegend wird zur Unterstützung der Heilstätte Elmen die Summe von jährlich 200 Mark aus Titel Insgesamt auf die Dauer von 10 Jahren bewilligt. Ebenso werden 202 Mark zur Ergänzung des Haushaltsplans für das Realgymnasium bewilligt. Dr. Weidling erachtet um baldige Abhilfe verschiedener Mißstände im Realgymnasium; so müssen z. B. die Schüler während des Unterrichts im Laboratorium stundenlang stehen. Es ist keine Sitzgelegenheit darin vorgesehen. Dies habe schon vielfach zu Unzutunlichkeiten geführt. Für unsere Volksschulen, sagt Dr. Weidling, wird alles mögliche getan, da sind große Paläste (? Red.) gebaut und die Schüler in den höheren Schulen müssen unter den schlechtesten Verhältnissen leiden. Dr. Dehler erwidert darauf, daß diese Verhältnisse schon seit langen Jahren bestehen. Es wird auch hierin bald Abhilfe geschaffen werden.

Stahlfurt, 3. Februar. (Kalkindikat.) Die jüngeren Kalkwerke machen energische Anstrengungen, um durch Sonderorganisation den älteren Werken Zugeständnisse abzurufen. Ihre Vertreter haben Ende der vergangenen Woche zwei Tage hintereinander getagt. Das Resultat ist gewesen, daß eine Kommission gewählt wurde, die verhandeln soll, vorerst unter den jüngeren Werken eine Einigung betreffend der Beteiligungssätze herbeizuführen. Die Kommission wird auch in dieser Woche einige Tage zusammentreten und am nächsten Montag wird voraussichtlich eine Plenarsitzung der Vertreter der jüngeren Werke stattfinden. Man darf gespannt sein, in welcher Weise die schließliche Einigung herbeigeführt werden wird.

Stahlfurt, 3. Februar. (Herr Pastor Baumeier) hat, wie er in „Kirchl. Gemeindeblatt“ berichtet, am 19. Januar geredet mit dem freireligiösen Prediger Dr. Kramer-Magdeburg öffentlich über das Thema „War Jesus Gottes Sohn?“ disputiert. Er schreibt da:

„Von Kollegen usw. war mir geraten worden, nicht hinzugehen, weil die ganze Sache nur auf Neuland hinausläufe und nichts erreicht werde. Auch die Art der Einladung ist nicht gerade höflich, aber am Tage des Vortrags war nochmals ein sozialdemokratischer (?) Arbeiter bei mir, der mich dringend ersuchte, wieder hinzukommen, da meine Ausführungen beim ersten Vortrag auf eine ganze Anzahl Einbrüche gemacht hätten. Es wurde mir auch mitgeteilt, daß von den 69, die sich beifügig Bildung einer freireligiösen Gemeinde das vorige Mal auf mehrfache Aufforderung hin gemeldet hätten, circa die Hälfte gleich wieder abgesprungen wären.“

Was das letztere anbetrifft, so können wir, meint dazu unser Dessauer Parteiblat, darüber nur unsere Vergewöhnung ausdrücken. Die Bildung einer „freireligiösen Gemeinde“ ist überflüssig. Sie ist eine Halbheit, die sich immer noch nicht dazu aufschwingen

kann, auf alles Stützen und Pfostenstütze zu verzichten, was zu die „freireligiöse Gemeinde“? Wer aus der Kirche austritt, tritt in die freie Gemeinschaft der Geister der Menschheit über. Das ist ein gutes Buch, in dem ein großer Mensch zu ihm spricht (etwa Spinoza, Kant, Fichte, Schopenhauer, Feuerbach, Rousseau, Darwin, Goethe, Schiller, Marx, Tolstoj, Gorki), der kann sich besser erbauen, als wenn er täglich drei Stunden in die Kirche liefe. Die Erziehung der Kinder aber ist Sache der Familie und der Schule, auf welche letztere natürlich seitens des Volkes ein viel stärkerer Einfluß ausgeübt werden muß, als das bisher möglich war. Man lasse deshalb das Gerede von „freireligiösen Gemeinden“!

Was nun das behandelte Thema anbetrifft, so finden wir die Debatte über solche Frage gleichfalls völlig zwecklos, denn Verständliches kann darüber gar nicht gesprochen werden. Was ein Sohn ist, das weiß man. Was aber ein Gott ist, das weiß niemand. Darunter kennt sich jeder was Verschiedenes. Und was nun gar ein „Sohn Gottes“ sei, das ist überhaupt nicht vorstellbar. Das menschliche Verhältnis von Vater und Mutter zum Sohn ist bekannt. Wie aber ein Gott einen Sohn haben soll, das kann ein Mensch, der sich bei Worten auch etwas klar denken will, sich auch nicht vorstellen. Wozu daher die öffentliche Debatte über solche undistinktere Frage. Aber nun lesen wir folgendes von Herrn Baumeier:

„Die Gottessohnschaft beruht bei Christo in der Wesens-Verwandtschaft mit dem himmlischen Vater, d. h. vor allem in seiner heiligen Liebe. Wenn man gefragt habe, die Größe jemandes sei danach zu bemessen, wie er den Wert der Menschheit gesteigert habe, so sehe Christus einzig und unergleichlich da. Er habe die Menschheit gleichsam als eine große Gottesfamilie proklamiert, ihnen das Bewußtsein der Gotteskindschaft gegeben, den unendlichen Wert einer Menschenseele, den Wert auch des geringsten (was ihm einem unter die Füße tretenden geringsten Bräuder getan hat usw.) verkündigt, sowie das neue Gebot der (seiner) Liebe (ein neu Gebot gebe ich euch usw.). Erst von ihm datiere ein Fortschritt, wie Leopold v. Ranke gesagt habe. Ich konnte auch in diesem Zusammenhang die Worte eines Sozialdemokraten, Ludwig Boltmann, anführen:

„Auf die Dauer lassen sich die Massen mit einem kalten politischen und wissenschaftlichen Programm nicht abheften. Das metaphysische Bedürfnis läßt sich zeitweise niederhalten, aber auf die Dauer nicht austrotten. Wäge darum die soziale Volksbewegung der Gegenwart sich nicht nur als Erbin der klassischen deutschen Philosophie fühlen, sondern auch die religiösen Ideen jenes Menschenjünges in sich aufnehmen, der einst vor Nazareth auszog, eine geistige Welt zu erobern. Denn die besten Repräsentanten der Menschheit, die nach ihm gekommen sind, haben die Blut ihres Herzens an dem Feuerbrand jenes Genius entzündet, der da sprach: Ich bin gekommen ein Feuer anzuzünden auf Erden, was wollte ich lieber, denn es brennte schon!“

Bei solcher Sohnschaft, die nur eine Wesens-Verwandtschaft ist, verständig völlig die Notwendigkeit einer übernatürlichen Geburt. Da braucht denn der Josef nicht mehr nur der Pflegevater des Kindes der Maria zu sein, aber wenigstens braucht der Jesus keinen andern als einen menschlichen Vater gehabt zu haben. Ueberhaupt hörte damit die angebliche Gottheit des Stiefvaters der Christenreligion auf, etwas zu sein, das ihn von allen übrigen Menschen grundsätzlich unterscheidet. Wesensverwandt mit Gott sollen wir Menschen ja doch alle sein. Damit aber wird das Gebiet des Glaubens verlassen und das freier Religionsphilosophie betreten. Auf dem Boden dieser steht auch Boltmann. Keinem Sozialdemokraten fällt es ein, das metaphysische Bedürfnis überhaupt zu leugnen. Aber damit solche echte Religion erwache, dazu ist nichts notwendiger als daß die Staatskirche zugrunde gehe. Es gibt keinen schimmernden Feind der Religion als die freireligiöse protestante und regierte Kirche. Und die meiste Religion findet sich bei den angeblich Religionslosen unserer Zeit. Darüber kann man sehr Schönes in Tolstois Buch: „Was ist mein Glaube?“ nachlesen.

Stendal, 3. Februar. (Die hiesigen Lehrer) sind seit einiger Zeit sehr häufig Gegenstand heftiger Kritik. Wie in der vorletzten, so nahm auch in der letzten Sitzung der Stadtverordneten der Stadterordnete Wichmann das Wort, um Klage zu führen über die Störungen des Unterrichts usw., die daher rührten, daß Lehrer „die Nächte durchmachten“ und dann früh müde usw. in die Klassen kämen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der in Diensten der Frau von Krieblauch zu Mühlitz bei Genthin stehende bejahrte Förster D. hat sich in einer Laube des herrschaftlichen Parkes erschossen. Er sollte zum 1. April d. J. mit vollem Gehalt pensioniert werden. D. zog den Tod einem arbeitslosen Lebensabend vor und jagte sich eine Kugel in den Kopf. — Vor einigen Wochen erkrankte bei der 1. Eskadron des Infanterieregiments in Stendal ein Pferd an Milzbrand. Der Maurer Schulz wurde zu den Desinfektionsarbeiten herangezogen. Er muß hierbei irgendwie mit dem Gifte in Berührung gekommen sein. Gestern früh ist er der furchtbaren Krankheit des Milzbrandes, die bei ihm plötzlich zum Ausbruch kam, erlegen.

Gerichts-Beitrag.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 3. Februar 1904.

Wegen vollendeten Betrugs in 87 Fällen, bezüglichen Betrugs in 5 Fällen und Unterschlagung in 2 Fällen der Agent Hermann Oerthig hier, geboren 1878, angeklagt. Er war früher Kellner, meldete aber nach seiner Pensionierung im Jahre 1900 ein Gewerbe als Agent an und erließ in öffentlichen Blättern Annoncen des Inhalts, er bestelle für andere auf Käufer und Verkäufer zu niedrigen Preisen und auf diese Zeit unfindbar. Den sich meldenden Personen stellte er sich als Vertreter großer Banken vor und sicherte ihnen die Vergabe des gewünschten Kapitals zu. In jedem Falle forderte er einen größeren Voranschuss, der als Ersatz für Auslagen dienen sollte. Die Anklage behauptet, Oerthig habe sich überhaupt nicht um die Beschaffung der Darlehen bemüht, er habe es vielmehr nur darauf abgesehen, sich Voranschüsse zu erschwindeln, um davon zu leben. Im ganzen soll er sich in 87 Fällen über 140 000 Mark beschafft und in 5 weiteren Fällen beschuldigt haben, zusammen 149 Mark zu erlangen. In zwei Fällen hat Oerthig gänzlich eine Anzahl Wechsel, die er auf Abzahlung gekauft hatte, selbst verkauft, teils verpfändet, bevor er den Kaufpreis gezahlt hatte. Als ihm der Boden hier zu heiß wurde, weil die Betrüger seine Voranschüsse zurückverlangten, verzog er nach Stendal und wurde dort verhaftet. Die zur Anklage stehenden Beträge sind bestreitet erkannt. Zur Verhandlung sind 80 Zeugen bestellt. Die umfangreiche Beweisaufnahme wird morgen fortgesetzt.

Vereine und Versammlungen.

Schnelbe.

Eine fast beschlossene öffentliche Schnelbe-Versammlung tagte am 1. Februar im Bürgerhaus. Kollege H. d. d. gab einen Überblick über die im Schnelbergewerbe sich vollzogene Bewegung zugunsten eines einheitlichen Tarifs. Die Agitations-Kommission habe einen solchen nunmehr ausgearbeitet. Abgesehen von diesen Verhandlungen wurde der Tarif nach seiner Verlesung einstimmig genehmigt. Schließlich Redner sprach sich für die 10 Proz. Zulage für die Hausarbeiten, 30 Proz. Zulage für Nacht- und Ueberstundenarbeit, sowie für die Förderung der Einführung der Betriebsverhältnisse aus. Herr Zeigge als Vor-

Freier der Innung erklärte, daß die Meister keinen Streit zu fürchten hätten. Sie seien gerüstet. Am Montag den 8. d. M. findet wieder im „Bürgerhaus“ eine Versammlung statt, in welcher der Bericht über die mit dem Innungsvorstand und Arbeitgeberverband stattgehabten Verhandlungen gegeben wird. Es ist daher notwendig, daß alle Schneidergesellen erscheinen.

Vereins-Kalender.

Ordnung unter dieser Rubrik kosten pro Seite 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.

Ordnung der Arbeiter (Weißer). Sonntag den 6. d. M., nachm. 3 Uhr, Mitgliederversammlung bei Badenmacher, Ottenbergstr. 13. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Unterstützungsverein der Kupferschmiede. Sonnabend den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei G. Böhm, Kleine Klosterstr. 15-16. — 843

Arbeiter-Sängerbund. Chorprobe am 7. Februar, vorm. 11 Uhr, im „Thalia“, Budau. —

Gesangsverein „Vorwärts“, Alte Neustadt. Freitag abend 8 Uhr im Vereinslokal, Gländchen. — 842

Arbeiter-Handwerkerverein Magdeburg, Abt. „Einigkeit“. Freitag abend 8 1/2 Uhr Saalwagen und Zusammenkunft im „Weissen Fische“, Friedrichsplatz 2. —

Schönebeck. Zentralbau der Maurer. Sonnabend den 6. d. M., abends 8 Uhr, Versammlung im „Stadtpark“. — 847

Briefkasten.

Abschreiben. Für die Ausgabeposten in Grimmitzhan gingen ferner ein: Former der Maschinenbauanstalt 32,60. Volksvereins-Konzert 22,—. Gewerkschaft der Maschinenbauer 5,—. Gefangsverein Georg 7,05. Petrus Restaurant 5,00. Holzarbeiter der Maschinenbau-Anstalt 10,35. Verband der Zimmerer 30,00. Verband der Maurer 10,00. Zellerammlung Gewerkschafts-Versammlung 7,46. Gewerkschafts-Kassette 115,14. Bisher quittiert 435,10. Dazu obige 244,60. Summa 679,70. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Ort	1. Febr.	2. Febr.	3. Febr.	4. Febr.
Bardufsch	1. Febr.	2. Febr.	3. Febr.	4. Febr.
Brandeis	—	+ 0,03	—	—
Melmit	— 0,32	— 0,30	—	0,02
Wilmers	— 0,24	— 0,24	—	—
Mühlberg	+ 0,01	— 0,02	0,03	—
Dresden	+ 1,44	+ 1,40	—	0,04
Zorgau	+ 0,60	+ 0,61	—	0,01
Wittenberg	+ 1,48	+ 1,41	0,05	—
Hoflau	+ 0,77	+ 0,78	0,01	—
Bordy	+ 1,08	+ 1,10	—	0,04
Schönebeck	+ 0,75	+ 0,80	—	0,05
Magdeburg	+ 1,00	+ 1,00	—	—
Langensalza	+ 1,58	+ 1,60	—	0,04
Wittenberge	+ 1,33	+ 1,30	0,03	—
Broda-Donitz	+ 0,89	+ 0,83	0,06	—
Bauenburg	+ 1,04	+ 1,00	0,04	—

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung.

Von unserm Lager **Wittenbergerstr. 27**, geöffnet Dienstags und Freitags, verkaufen wir unsere vorzüglichen

Pa. Karbiker Kohlen für 56 Pf. Lager, 66 Pf. Kessel und Schütte für 30 Pf. ab Lager per Zentner.

Bestellungen ab 5 Zentner nehmen bei gleichzeitiger Zahlung entgegen die Herren: W. Lou, Königstr. 18, (nur vormittags); Buchlow, Katharinenstr. 5 und Schiffstr. 24, II; U. Gremier, Seydelstr. 8, post.; H. Manger, Annastr. 27, I; A. Bremer, Porzellanhandlung, Halberstädterstr. 112 („Eiseller“); Kirchberg, Ambrosiusplatz 1, II; Scholze, Schöneb. Str. 24, Eing. Dorotheenstr.

Der Einzelverkauf unter 5 Zentner findet an obigen Tagen nur ab Lager statt. Der Vorstand.

Im Zirkus

Gastspiel des Metropol-Theater-Ensembles.

Größter Erfolg! Abendtäglich 8 Uhr Größter Erfolg!

Die kleinen Vagabunden.

Großes Gesangsstück in 8 Bildern.

Preise der Plätze: 35, 50, 75 Pf., 1,00, 1,50 Mk.

Sonnabend nachmittag 4 Uhr

Notkäppchen und der Wolf.

Haubermärchen in 5 Bildern. 8 Pf.

Preise der Plätze: 15, 25, 50, 75 Pf., 1,00 Mk.

Jeder Erwachsene darf ein Kind gratis einführen.

Walhalla.

Einen durchschlagenden Erfolg erzielte das

neue phänomenale Februar-Programm!

Anfang 8 Uhr.

Vorzugskarten sind in den meisten Zigarrenläden erhältlich.

Die Opfer der Kaserne

Eine Anklageschrift

nebst einer Sammlung militärgerichtlicher Urteile von **Rudolf Krafft**, bayr. Premierleutnant a. D.

Preis 50 Pfg.

Zu haben in der **Buchhandlung Volksstimme.**

Arbeiter-Sängerbund für Magdeburg und Umgegend.

Unsre Chorprobe

2190

zu dem am 13. Februar im „Luisenpark“ stattfindenden **Gesangs-Konzert** findet am **Sonntag den 7. Februar, vormittags 11 Uhr**, im „Thaliaaal“, Budau, statt. Die Sangesgenossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Freitag den 5. Februar 1904.

Romeo und Julia.

„Silva“

beste 2 Pfennig-Zigarette

Überall zu haben.

Ronditorei 2150

K. Schliestedt

Magdeburg-Sudenburg

Palberstädterstraße 109

empfiehlt täglich feines

Kaffee- und Cerebäck

sowie Schokoladen, Konfitüren und Bonbons zu Fabrikpreisen.

Bonbons von 1/4 Pf. 8 Pf. an

1/2 Pf. 15 Pf. an

M. Kles, Budau, Reust. 11.

Städtisches Orchester

Röhlers Konzerthaus

Schönebeckerstr. 127

Sonnabend d. 6. Februar

abends 8 Uhr

Grosses Volkskonzert

Leitung: Kapellmeister Josef Krug-Waldsee.

Eintrittskarten: im Vorverkauf 20 Pf. an der Kasse 30 Pf.

Kaiser-Panorama

Breitweg 134, Ecke Dreieckelstr.

10 Pf. — Brasilien. Deutsche Ansiedlungen. Eine interessante Besichtigung verschied. Ozeandampfer der Hamburg-Amerika-Linie und deren Auswanderungs-Gebäude in Hamburg und Cuxhaven.

Ranarienhähne

nach Wert, für Wettbewerb zahlen jetzt 75 Pf.

L. Dannehl

Wilhelm Raabe-Str. 1b

bei Döbnerstraße.

Burg.

Heute Freitag und folgende Tage

frische Wurst

Sonnabend: Knoblauchwurst.

H. Grünert, Bruchstraße 38.

Burg.

Freitag 2188

frische Wurst

Sonnabend und Sonntag

Knoblauchwurst.

K. Jesse, Holzstraße.

Sudenburg.

Freitag 877

frische Wurst.

Sonnabend: Knoblauchwurst.

Fr. Goeseke, Kurfürstenstr. 32.

Bäckerlehrling sucht zu Ostern

Albert Gessel

Magdeburg-Budau, Marienstr. 17.

Standesamt.

Magdeburg, 2. Februar.

Aufgebote: Kaufm. Expedient Karl Bödman mit Hedwig Schulz; Schuldiener Johann Agrent mit Anna Hinicke. Ingenieur Friedrich Scherz mit Martha Ernst. Kaufm. Robert Klauer mit Frida Linpe. Lednitzer Ernst Böttcher mit Frida Hanke. Winger Johann Behnrad mit Amalie Christiane Sophie Franke. Frida Elise, T. unehelich in Fernersleben, 18 J. Elise, T. des Dreher Otto Bromme, 10 J. Witwe Beate Schrödter geb. Stäge in Fernersleben, 80 J. 10. 21 J. Anna Agnes Marie, T. des Fleischer Otto Meier in Fernersleben, 2. 11 J.

Abschreiben.

Aufgebote: Arbeiter Christian Mitterel mit Anna Judasch.

Eheschließungen: Buchhändler Karl Ringenbach mit Hedwig Leopold. Barbier Gustav Horn mit Minna Gänker.

Geburten: T. des Arbeiters Wilhelm Jäschmann. T. des Bergmeisters Albert Wittig. T. unehelich. T. des Arbeiters Gustav Weber. T. des Ruffers Otto Schmerbach.

Todesfälle: Richard, S. des Arbeiters Gustav Knochenhauer, 1 J.



Kolossal billiger Inventur-Räumungs-Verkauf.

Weil mit den bei der Inventur zurückgebliebenen Schuhwaren unbedingt räumen muß, sind die Preise ganz bedeutend herabgesetzt.

Einige Beispiele:

- Damen-Knopf-, Schnür- u. Zugstiefel von **Mk. 3,88** an
- Damen-Knopf-, Schnür- und Spangenschuhe von **Mk. 2,60** an
- Damen-Ballschuhe, sehr elegant und leicht, von **Mk. 1,50** an
- Herren-Zug- u. Schnürstiefel von **Mk. 4,00** an
- Herren-Leder-Hauschuhe mit Stiel von **Mk. 2,50** an
- Herren-Ballschuhe in allen Größen von **Mk. 3,00** an
- Kinder-Schuhe in niedriger Ausführung von **Mk. 0,50** an
- Winter-Schuhwaren zu jedem annehmbaren Preis.

Bei Einkauf von **Mk. 10,00** an erhält jeder Käufer ein Paar elegante Pantoffel gratis.

Gustav Richter Nachf. Edm. Steinfeldt

Breitweg 3a, gegenüber der Hauptpost.

Jacobstraße 38, Ecke Klosterstr.

Vorläufige Anzeige.

Zu dem am

Sonntag den 7. Februar im „Luisenpark“ stattfindenden **Konzert** hat der bekannte

Tenorist Karl Eymes

seine Mitwirkung zugesagt. 2001

Deutscher Holzarb.-Verband

1936

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerstr. 27/28, I.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Neue Neustadt

im „Weissen Fische“, Friedrichsplatz Nr. 2.

Tagesordnung:

- Die Entwicklung der gewerblichen Genossenschaftsbewegung und ihre Bedeutung für die Gewerkschaften.
- Verbandsangelegenheiten.
- Beschließendes.

Bezirk Salzte-Westertshäfen

im Lokale des Herrn A. Maack in Salzte.

Tagesordnung:

- Warum soll sich der Arbeiter nicht nur als Produzent, sondern auch als Konsument organisieren? Referent: Kollege R. Henning.
- Verbandsangelegenheiten.
- Beschließendes.

Sonntag den 7. Februar, vormittags 11 Uhr

Branche der Selbstschneidhölzer in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerstr. 27-28.

Tagesordnung:

- Erziehung und Gewerkschaft. Referent: Kollege D. Krull.
- Berufsangelegenheiten.
- Beschließendes.

Montag den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Budau im „Thaliaaal“, Dorotheenstr. 14.

Tagesordnung:

- Bortrag des Genossen Will. Kles sen. über die Grimmitzhaner Ausperrung und ihre Konsequenz für die Arbeiter.
- Verbandsangelegenheiten.
- Beschließendes.

Die Sudenburger Versammlung findet erst am 15. d. M. statt. Sie bitten um guten Besuch dieser Versammlungen.

Die Verwaltung.

Bom 3. Februar.

Aufgebote: Eisenbahn-Rangierer Ernst Schulz mit Emma Stabe. Schneider Martin Gassefeldt mit Minna Beutler. Hausdiener Louis Siegel mit Auguste Müller. Schriftf. Walter Wenger mit Ida Müller. Arbeiter Karl Gustav Hermann Drömling in Sandersdorf mit Clara Dittke Webe in Brezna. Königl. Förster Otto Julius Hubert Emil Gumbel mit Magdalena Meier geb. Dube in Kempen. Buchdrucker Alfred Schröder mit Elise Bernede.

Geburten: Vieslotte, T. des Rannereil-Buchhalt. Arthur Hilbert. Dorothea, T. des Feuerwehr-Derleutnants Georg Gurtasch. Alfred, S. des Herrensleidermachers Wilhelm Prodel. Kurt, S. des verstorbenen Buchhalters Hermann Engers. Erna, T. des Hausdieners Andr. Ringram. Erna, T. des Kaufmanns Wilhelm Dräger. Elisabeth, T. des Kapell-

von ihm erwartet werden kann, daß er sich eines ähnlichen Verstoßes gegen die Parteibücherei, wie in der Veröffentlichung seiner Broschüre erkläre, in Zukunft enthalten wird.

Diese Erklärungen wurden von den Genossen Sellin und Böke unterzeichnet und vom Vorstand einstimmig zugestimmt. Charlottenburg, den 30. Januar 1904.

Für den Vorstand
des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg
Kurt Baake.

Die „Magd. Ztg.“ und die eiserne Provinzpresse, die seinerzeit obige Broschüre äußerst voreilig gegen die Sozialdemokratie auszusprechen begannen, müssen sich schon damit abzufinden suchen, daß ihre Freude verflüchtigt war. Werden sie ehrlieh genug sein, es einzugehen?

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 2. Februar 1904.

Strafe für nicht vorschriftsmäßige Gestaltungs-tüchtigkeit.

Die im benachbarten Schönebeck erscheinende „Schöneb. Ztg.“ steht sich zu folgender Bloßstellung der dortigen Behörden gezwungen:

„Es dürfte den meisten unserer Leser noch bekannt sein, daß im Jahre 1900 unserer Zeitung der Titel eines amtlichen Publikationsorgans auf Antrag des Regierungspräsidenten entzogen wurde, weil wir im Inseratenteil derselben sozialdemokratische Wahlaufsätze veröffentlicht hatten. Ein Jahr später erhielten wir die amtlichen Bekanntmachungen von Groß-Salze wieder, eine Entschädigung wurde gewährt, die einige Zeit später sogar noch erhöht wurde. Da diese Beschlüsse von der städtischen Körperschaft genehmigt waren, wurde also jener Beschluß des Regierungspräsidenten aufgehoben. Im vorigen Jahr nun wurde vom Magistrat im Einverständnis mit den Stadtverordneten unserer Zeitung die bis dahin gewährte Entschädigung für die Aufnahme der Bekanntmachungen wieder entzogen und zugleich die Zuführung der Publikationen eingestellt. Wir erhielten also in der Folge nur noch Manuskripte solcher Bekanntmachungen, deren schnelle und weite Verbreitung in allen Kreisen der Bürgererschaft von besonderer Wichtigkeit war, zur unentgeltlichen Aufnahme zugeführt. Es zeigte sich somit die erstaunliche Tatsache, daß die Behörde unser Blatt zwar boykottiert und für unwürdig erklärt hatte, uns aber doch zumute, ihre Veröffentlichungen sozusagen aus Gefälligkeit für ihr freundliches Verhalten uns gegenüber aufzunehmen, weil sie sonst einem großen Teil der Bürgererschaft — unbekannt geblieben wären. ... Endlich blieben auch die uns zugeführten Originalmanuskripte der Bekanntmachungen aus ... Es kam an uns ein Ersuchen des Groß-Salzer Bürgervereins dahingehend, es möchten die Publikationen der städtischen Behörden wie früher regelmäßig aufgenommen werden, weil sonst der größte Teil der Salzer Bürger im unklaren bliebe über die Beschlüsse und Verfügungen der städtischen Behörden. Diesem Ersuchen des Bürgervereins gaben wir Folge und unterbreiteten es mit einem Schreiben vom 20. d. M. dem Groß-Salzer Magistrat, indem wir uns erboten, im Interesse der Groß-Salzer Bürgererschaft die Bekanntmachungen regelmäßig und unentgeltlich aufzunehmen, wenn uns dieselben vom Magistrat rechtzeitig und direkt zugestellt würden. Der Magistrat sah eben in unserem Schreiben nur eine Bitte unsererseits und fasste seinen Beschluß wahrscheinlich in dem Glauben, uns mit der diktorischen Ablehnung einen möglichst großen Respekt vor seiner Autorität beizubringen, während er das Gesuch des Groß-Salzer Bürgervereins, um das es sich hier handelt, demselben mit unserer Absicht überließ.“

Schönebeck liegt im Bereich des Regierungspräsidenten von Magdeburg und des Polizeiministers v. Hammerstein, in dem auf vorschriftsmäßige Gestaltung gesehen wird. We nicht genügend davon besitzt, darf amtliche Bekanntmachungen über Steuerzucht, Pocken-Impfungen, Düngerverkehr, Maul- und Klauenseuche u. nicht mehr drucken. Das ist die „großzügige“ preussische Politik!

Parteienossen! Die Fortsetzung der am vorigen Mittwoch nicht zu Ende geführten Generalversammlung findet am Mittwoch abend im „Dreikaiserbund“ statt. Die Parteienossen wollen zahlreich erscheinen.

Raubanfall. Im benachbarten Obenstedt wurde heute früh 4 1/2 Uhr dem Lehrling des Bäckermeisters Alwin Rosenplenter beim Frühstückstragen in ganz roher Weise der gesamte Inhalt seines Frühstückstorbcs abgenommen. Es waren zwei Mann, die leider nicht erkannt sind, welche den schwächlichen Jungen von hinten zur Erde rissen, ihm den Korb abnahmen und diesen des Inhalts beraubten. Infolge des Schreies lag der Kleine kurze Zeit bestimmungslos da. Als er sich erholt hatte, bemerkte er, daß seine Nase blutete. Den leeren Korb fand er etwa 10 Meter von dem Tatort wieder vor. Hoffentlich gelingt es, die rohen Patrone dingfest zu machen.

Ladenbrand. Heute vormittag 11 Uhr wurde die Feuerwehr vom Feuermelder „Wilhelm-Theater“ nach dem Hause Altes Brüdert 8 und 4 gerufen, woselbst in einem Laden, in dem sich ein Maßlengarderoben-Geschäft befindet, ein Brand ausgebrochen war. Da Großfeuer gemeldet war, rückten sämtliche Wachen aus. Das Feuer wurde mit einer Schlauchlinie gelöscht. Der gesamte Inhalt des Ladens wurde bis auf einen Kleiderstanz ein Haub der Flammen.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 1. Februar 1904.

Ein Automotendieb. Der Bäckerlehrling Wilhelm Schulz aus Budau, geboren 1886, öffnete verschiedene Automaten mit einem falschen Schlüssel und eignete sich die darin vorhandenen Beträge an. Der geständige Angeklagte wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Freispruch. Der Schloffer und Wagenführer Max Werres aus Leipzig, geboren 1880, überholte am 18. Juni 1903 auf dem Wege nach dem Herrenkrug mit dem Automobil zwei beladene Lastwagen aus Ostau mit einer derartigen Schnelligkeit, daß die Pferde des einen Wagen scheuten und auf einen Steinhaufen liefen. Dabei wurde der Landwirt Rümmland zur Erde geschleudert und trug Verletzungen davon. Die Verhandlung stellte ein Verschulden des Angeklagten mit Sicherheit nicht fest, weshalb er von der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung freigesprochen wurde.

Jagdvergehen. Das Schöffengericht zu Barch verurteilte am 19. September 1903 den Schiffer Karl Würdich aus Leau, der am 21. Mai am Saalufer in dem Jagdgebiet des Umbrats von Dieke einen Hasen geschossen hatte, wegen Jagd-

vergehens zu 1 Monat Gefängnis und den Schiffer Ernst Würdich aus Leau, der den Hasen auf seinem Kahn an sich genommen haben soll, wegen Geheuer zu 2 Monaten Gefängnis. Die Verurteilung wurde gemeinschaftliches Jagdvergehen als erwiesen an, hob deshalb das erste Urteil auf und verurteilte die Angeklagten zu je 1 Monat Gefängnis.

Wegen schwerer Urkundenfälschung, Betrugs und Unterschlagung wurde der vorbestrafte Kellner und Agent Friedrich Mandhahn aus Staßfurt, geboren 1861, zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Fahrradmarder. Die Arbeiter Wilhelm Thiele, geboren 1886, Friedrich Günther, geboren 1887, und Gustav Stechert, geboren 1882, hier, stahlen am 19. September 1903 abends dem Kunststeinformer Böggelad aus einem Schuppen mittels Einsteigens gemeinschaftlich ein Fahrrad, das sie in Burg verhehlen wollten, und als dies nicht gelang, entzwei schlugen. Die Kammer strafte Thiele mit 9 Monaten, Günther und Stechert mit je 6 Monaten Gefängnis.

Der Brand von Malefjund.

Ein Berichterstatter des norwegischen Blattes „Aftenposten“ ist am 24. Januar, also am Tage nach dem Ausbruch des Brandes, in Malefjund angelangt und schildert in interessanter Weise, was er dort gesehen und von Einwohnern des Ortes gehört hat. Wir entnehmen dem Bericht folgendes:

Das Bild, das sich mir darbot, als ich mich durch die Ruinen arbeitete, ein Bild der Zerstörung grauenvollster Art, spottet in Wirklichkeit jeder Beschreibung. Auch die Berichte der durch den Brand in Not und Elend verlegten, die mit gedämpfter Stimme gegeben wurden, über die Schrecken der Nacht, waren in Wahrheit erschütternd. Man war sich bald klar gewesen, daß der Teil der Stadt, in dem das Feuer ausgebrochen war, rettungslos verloren sei. Alle Kräfte konzentrierten sich deshalb darauf, dem Feuer bei Sandeb zu begegnen und den dahinter liegenden Stadteil zu retten. Die Meldung, daß das Wasserwerk nicht funktioniert habe, ist nicht richtig; es arbeitete vielmehr tadellos. Als aber Haus um Haus niederbrannte, sprangen die Röhre der Wasserleitung und das Wasser strömte durch zahlreiche Auslässe, so daß der Druck für die Spritzen ungenügend wurde. Die Seebampfspritzen waren bald von einem Flammenmeer umhüllt und sanken. Der Sturm schürte die Flammen zu unvorstelliger Gewalt. Man konnte sehen, wie die Funken gleich Schlangen durch die Luft flogen, und einen wahren Regen von Feuer bildeten, der überall landete, wo er niederging. An immer neuen Stellen zugleich brach das Feuer aus, und Häuser, die mehr als einen Kilometer voneinander entfernt waren, standen gleichzeitig in lichterlohigen Flammen. Über der Stadt sprang das Feuer; die vielen alten Dachhäuser brannten wie Fackeln.

Bald mußten die Menschen den vergeblichen Kampf mit dem Feuer aufgeben und konnten nur noch daran denken, das nackte Leben zu retten. Von Haus zu Haus wurden sie durch das nachfolgende Flammenmeer getrieben. Schließlich hatte sich eine dicke Menschenmasse im Stadtpark angesammelt, der auf einer Anhöhe liegt. Hierher hatte man auch vieles von dem gebracht, was man in der Eile hatte retten können. Über auch diese, wie man gehofft hatte, sichere Zufluchtsstätte sollte nicht von den weiterströmenden Flammen verschont bleiben. Der Parkpavillon brannte ab, und selbst bis auf den 500 Fuß hohen Berg Esla flogen die gierigen Funken, sich neue Beute suchend.

Jetzt begann eine verzweifelte Flucht den Landweg hinunter; aber Hals und Kopf führten die Leute fort, Männer, Frauen und Kinder, Junge und Alte, Kranke und Krüppel. Bei diesem Anblick war es schwer, sagte mir der Stadtvogt Rönneberg, die Erden zu durchschauen. Selbst harte Männer weinten. Der Weg war schwarz von Leuten, auf deren Angesichtern sich die entsetzliche Angst malte. Vom Schreden fast gelähmte Mütter führten ihre Kinder an der Hand und trugen die Kleinsten auf dem Arm. Das Schreien der Kinder war herzzerstauernd. Hinfallige Greise schleppten sich mühsam fort, und in Karren und Handwagen wurden die Kranken und Krüppel von ihren Angehörigen auf der Flucht vor dem alles verderbenden Element weggeführt. Ueber Stadt und Land und See lag roter Flammenregen in der tiefsten Nacht.

Der Menschenzug wälzte sich nach Bolshalen, eine halbe Stunde von der Stadt, die schon ein einziges Flammenmeer bildete. In die einzelnen Häuser an der Landstraße strömte das Volk und die Türen waren von hunderten verzweifelten Menschen belagert. In diesen Häusern fanden viele der Unglücklichen einen Unterschlupf für die Nacht. Aber auch jeder Quadratfuß Platz in ihnen waren vollständig ausgefüllt. Von Niederlegen konnte nicht die Rede sein, ja, nicht einmal Sitzgelegenheit war da. In einem kleinen Stagenhaus, das sonst von zwei Familien bewohnt wird, waren mehr als 150 Menschen untergebracht, und in noch kleineren Häusern fanden bis zu 50 Menschen zusammengepackt mit wenigen in einer Tonne.

Eine eigenartige Stimmung herrschte. Die Schreden und der grauenerweckende Anblick des entsetzlichen Elends hatte vollständig lähmend gewirkt. Hin und wieder kam selbst als Ergebnis der größten Verzweiflung ein grotesker Galgenhumor bei dem einen oder anderen zum Ausdruck. Man erzählte sich Episoden, die man erlebt hatte. Einer hatte eine alte Frau gesehen, die einen Strohhalm in der einen und ein in hellen Flammen stehendes Stück Wödel in der anderen Hand fortgeschleppte, während schreiende Kinder an ihrer Schürze hingen. Ein anderer hatte einen der Dandys von Malefjund mit brennenden Kerzen in jeder Hand getroffen, und manche ähnliche Geschichten und Erlebnisse wurden erzählt.

Weiter und weiter zog sich der Strom der Flüchtigen. Vorzugs Weichenhaus wurde von ihnen in Besitz genommen und ebenso die Kirche. Ein anderer Strom ging nach dem Kirchhof und über den Berg, und der Himmel blieb für die erste Nacht das Dach über dem Haupte vieler Tausende. Was man dort draußen sah, war herzerstauernd. Die Frau eines Beamten, eine Wöchnerin, hatte sich über das Feld geschleppt und war dort mit ihrem neugeborenen Kind in Regen und Sturm liegen geblieben. Die Gefangenen wurden gleich bei Ausbruch des Brandes aus dem Gefängnis freigelassen; zwei von ihnen trugen Eisen. Später hat man mehrere der Freigelassenen wieder aufgenommen und sie jetzt mit einem Dampfer nach Wolde gebracht.

Von der Stadt sind etwa 60 Häuser auf dem Steenwagefjeld, der westlich von der Stelle liegt, wo das Feuer ausgebrochen war, und wohin die Flammen von dem Südweststurm nicht geführt wurden, stehen geblieben. Auch Malefjund Mejanische Werkstat, Aspon's Schule und einige wenige Häuser außerhalb der Mole stehen und einige der Dachhäuser von Ronneberg u. Söhnen sowie von H. S. Sandborg sind erhalten. Die übrigen vom Feuer verschonten Häuser sind nur kleine Gebäude, die von Fischern und Arbeitern bewohnt werden.

Inzwischen ist ein umfangreicher Hilfsdienst für die Tausende organisiert worden. Auch von Deutschland sind mehrere Dampfer abgegangen, die an Ort und Stelle Hungrigen Nahrung und Obdachlosen ein Nachtquartier geboten haben. Der Leiter dieses Hilfsdienstes gibt in einem Telegramm vom 1. Februar an den norwegischen Staatsminister Hagerup darüber folgendes an:

Die Arbeiten für das vorläufige Wohlergehen der Bevölkerung sind nach meiner Ansicht so gut im Gange wie möglich. Man kann, wenn die deutschen Schiffe am Mittwoch abfahren, auf vier Volksküchen und wahrscheinlich noch auf eine Feldküche und eine Bäckerei

rechnen. Nachkornen wird auch die nötigen Schiffe kommen. Die organisierte Verteilung von Nahrungsmitteln durch die Dampfer vorläufig begann heute und geht in guter Ordnung vor sich. Es ist schönes Wetter. Die meisten Fischdampfer haben deshalb die Stadt verlassen, wodurch ein Mangel an Transportmitteln entstanden ist. In der Stadt herrscht absolute Ruhe und Ordnung. Der Nachdienst wird von den Mannschaften des „Heimdal“ besorgt.

Immerhin müssen sich die Tausende noch monatelang mit kümmerlichen Nothelfen begnügen, bis sie den Wiederaufbau der zerstörten Stadt beginnen können.

Kleine Chronik.

Auffeinerregende Freisprechung.

In dem Prozeß wegen des Gerüstesturzes im Wasserturm zu Schönefeld bei Leipzig, bei dem mehrere Personen das Leben einbüßten, wurden die beiden Angeklagten, Baumeister Hofmann und Heyes, vom Landgericht kostenlos freigesprochen.

Eine Flut von Bier.

11000 Fässer, wurden von einer New-Yorker Brauerei kürzlich in den Fluß abgelassen. Die Brauereigesellschaft Konrad Steins, Sons u. Co. hatte ihr Geschäft an eine Frau Schmidt verkauft. Diese Dame hatte keine Lust, das Braugewerbe fortzuführen. Da sie nun in den nächsten Tagen einen Bond von 75000 Dollar an die Regierung hätte zahlen müssen, wenn immer noch Bier bei Erloschen des alten Bonds auf Lager sein sollte, und da ferner eine weitere Summe von 3000 Dollar bei der Entfernung des Bieres zu Konsumzwecken fällig geworden wäre, beschloß die Eigentümerin, das Bier auslaufen zu lassen. Die Steuerbeamten gingen infolgedessen in die Lagerräume und schlugen die Fässer auf. In gewaltigen Strömen rauschte das Bier den Abzugsröhren zu, die aber nicht umfangreich genug waren, um die ganze Biermasse auf einmal zu bewältigen. Die ganzen Lagerräume und der Hof traten infolgedessen von Bier überschwemmt, dessen Schaum fast die Fässer überstieg. Eine große Menschenmenge beobachtete mit schmerzlichen Gefühlen diese Vergeudung des schönen Getränks.

Kleine Tageschronik. Im Fort Parhinda im Punjabgebiet (Nord-Indien) explodierten 20000 Pfund Schießpulver. Das Magazin lag in die Luft; 40 Personen wurden getötet. — Der „Straß. Post“ zufolge ereignete sich auf dem Eisenwert „Karlshütte“ in Liebenhausen ein schwerer Unglücksfall. Zwei Schloffer waren mit einer Reparatur am Hochofen beschäftigt, plötzlich senkte sich dieser und eine Feuerkugel entzündete der sich öffnenden Klappe. Beide Arbeiter wurden sogleich verbrannt, so daß sie bald darauf starben. — Im Königsteiner Walde wurde die von ihrem Mann getrennt lebende Frau des Metallarbeiters Bachmann aus Berlin ermordet aufgefunden. Als Mörder wird ihr Beschäftigter, ein Dekorationsmaler, verfolgt. — Nach einem Streit mit seinem Lehrer erschloß sich in Gelsenbrunn bei Kronsberg der Sohn des Gutbesizers von Schülberger. — Die amerikanische Willkommherrschaft in Mexiko wegen Ermordung ihres Gatten zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden war, ist gestern in Freiheit gesetzt. — Aus drückender Not hat sich in Wien die 72jährige Privatierin Katharina Wusan samt ihrer 35jährigen Tochter mittels Sublimat vergiftet. Die Mütter wurde tot, die Tochter hoffnungslos aufgefunden. — Ein großer Brand in den Fabrikräumen von Siemens u. Halske in Berlin vernichtete am Sonntag mehrere hundert elektrische Apparate.

Letzte Nachrichten.

(Herald-Deutschen-Bureau.)

Berlin, 2. Februar. Die Berliner Ortskrankenkasse der Kaufleute hat in einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, die Innehaltung ihres Vertrags mit dem Verein Berliner Rosenkranz zu erzwingen.

München, 2. Februar. In Bindau wurden zwei Saccharin-Schmuggler festgenommen. Nach einem bei ihnen vorgefundenen Briefe zu schließen, gebären sie einen großen Schmugglerbande an. Die Verhafteten sind Böhmen. Es wurden ihnen im ganzen etwa 15 Kilogramm Saccharin abgenommen.

Hohenstein-Ernstthal, 2. Februar. Gestern früh hat im benachbarten Gersthorf der 22jährige Posthilfsarbeiter Scharfshmidt aus Chemnitz seine Braut, das 18jährige Dienstmädchen Maria Giesching, und sich selbst erschossen. Der Grund zur Tat ist unglückliche Liebe.

Wien, 2. Februar. Lemberger Polenblätter melden, wie in Pörschau, so entstand auch in Bobz auf das Gerächt hin, die Einlagen der kroatischen Serben während zu Kaffungen in Oskofe verwendet, ein Run auf die dortige Sparbank. Der Gouverneur ließ deshalb durch Plakate diese Gerächte als unzulässig bezeichnen und den Verbreitern derselben strengste Bestrafung androhen.

Budapest, 2. Februar. Im Befinden des seit einigen Tagen erkrankten Abgeordneten Franz Kossuth ist eine Besserung eingetreten. — Blättermeldungen zufolge ist die Gründung eines Bank-Institutes für Offiziere geplant. Der Präsident sei der Kaiser, der zu Zeiten des Familienfonds einen ansehnlicher Höhe zeichnete. Zweck der Bank sei, die Disziplin der Wucherhänden zu zern.

Wien, 2. Februar. Der hier verstorbenen Maler Josef Hofmann vermachte seinen herrlichen Besitz Zwing-Uri an die Kunstvereine der deutschen Künstlergesellschaft mit der Bedingung, daß dort deutsche Künstler einmietet werden. Sollte die Gesellschaft ablehnen, wird Zwing-Uri Kaiser Wilhelm testamentarisch abzugeben, wird Zwing-Uri Kaiser Wilhelm testamentarisch abzugeben, wird Zwing-Uri Kaiser Wilhelm testamentarisch abzugeben.

Mailand, 2. Februar. Gestern fand in Genua eine von 2000 Fabrikarbeitern besuchte Versammlung statt, die beschloß, in den allgemeinen Ausstand einzutreten, wenn die von der Arbeitskammer vorgeschlagenen Änderungen vom Parlament nicht angenommen werden.

Budapest, 2. Februar. In einem heftigen Nachkomm fand eine große Prügelei zwischen Zivilisten und Offizieren statt. Ein Oberleutnant verwundete einen jungen Zivilisten mit seinem Säbel. Die Offiziere mußten flüchten. Als die Menge ihnen nachstellte, erklärten die Offiziere, jeden niederzuknien. Schließlich mußte Polizei einschreiten.

Bozeng, 2. Februar. Eine Feuersbrunst zerstörte heute nacht die Hochschule bei Rivoli. Der Schaden wird auf über eine Million Frank geschätzt.

Briefkasten.

H. Gr. Otterleben. Infolge einer längeren Krankheit des Gen. A. liegen geblieben. Folgt später.

